

Bundesgesetzblatt ¹⁹⁶¹

Teil II

Z1998A

1967	Ausgegeben zu Bonn am 7. Juli 1967	Nr. 31
------	------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
4. 7. 67	Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1967 (Haushaltsgesetz 1967) Bundesgesetzbl. III 820-1, 821-1, 822-1, 2170-1	1961
18. 5. 67	Bekanntmachung über Änderungen der Verfahrensordnung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte	1996
29. 5. 67	Bekanntmachung des Notenwechsels zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Italienischen Republik über die Verlängerung der Dauer des Urheberrechtsschutzes	1997
8. 6. 67	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen	1999
12. 6. 67	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Madrider Abkommens über die Unterdrückung falscher oder irreführender Herkunftsangaben in der am 31. Oktober 1958 in Lissabon beschlossenen Fassung	2000
12. 6. 67	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens zur Revision der am 17. Oktober 1868 in Mannheim unterzeichneten Revidierten Rheinschiffahrtsakte	2000
14. 6. 67	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über das auf Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Kindern anzuwendende Recht	2001
14. 6. 67	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Pariser Verbandsvereinbarung zum Schutz des gewerblichen Eigentums in der am 31. Oktober 1958 in Lissabon beschlossenen Fassung	2001
15. 6. 67	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Genfer Protokolls wegen Verbots des Gaskriegs	2002
19. 6. 67	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über die Weltorganisation für Meteorologie	2002
3. 7. 67	Bekanntmachung gemäß § 2 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Artikels 10 Abs. 2 des in Rom am 25. März 1957 unterzeichneten Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (Anteilzollgesetz)	2003
16. 6. 67	Berichtigung der Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Internationalen Abkommens über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendunternehmen vom 21. Oktober 1966	2004

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1967 (Haushaltsgesetz 1967)

Vom 4. Juli 1967

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1967 wird in Einnahme und Ausgabe auf

77 014 370 300 Deutsche Mark

festgestellt, und zwar

im ordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

68 961 145 600 Deutsche Mark

und

im außerordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf

8 053 224 700 Deutsche Mark.

§ 2

(1) Der Bundesminister der Finanzen kann in Einzelfällen bestimmen, daß § 30 Abs. 3 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung keine Anwendung findet.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für solche Ausgabenansätze, die im Bundeshaushaltsplan nicht ausdrücklich als übertragbar bezeichnet sind, die Übertragbarkeit anzuordnen, soweit Leistungen aus diesen Ausgabenansätzen für bereits bewilligte Maßnahmen noch im folgenden Rechnungsjahr erforderlich sind.

§ 3

(1) § 14 der Reichshaushaltsordnung ist auch auf einmalige und außerordentliche Ausgaben für bauliche Unternehmungen anzuwenden, bei denen der

Eund nicht selbst Bauträger ist, aber mehr als 50 vom Hundert der Baukosten trägt. Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, in dringenden Fällen Ausnahmen von einer Anwendung des § 14 der Reichshaushaltsordnung zuzulassen; in diesen Fällen dürfen die Bundesmittel den Bauträgern erst bewilligt werden, wenn die in § 14 oder § 45 der Reichshaushaltsordnung bezeichneten Unterlagen vorliegen.

(2) Bei Anwendung des § 30a der Reichshaushaltsordnung ist der Betrag von 30 000 Deutsche Mark durch den Betrag von 150 000 Deutsche Mark und der Betrag von 10 000 Deutsche Mark durch den Betrag von 30 000 Deutsche Mark zu ersetzen.

(3) In Abweichung von § 41 der Reichshaushaltsordnung gelten für die Benutzung von Dienstkraftwagen außerhalb der rein dienstlichen Verwendung die Richtlinien der Bundesregierung vom 16. März 1962.

(4) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, in Abweichung von § 47 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung zuzulassen, daß

1. bewegliche Sachen des Bundes, die aus Zuwendungen des Bundes zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung erworben sind, den Trägern der Forschungseinrichtungen oder zentralen Forschungsorganisationen unentgeltlich übereignet werden,
2. bewegliche Sachen und Leistungen des Bundes aus Anlaß von Katastrophen, größeren Unglücksfällen und Notständen unentgeltlich überlassen werden, wenn die Überlassung zur Abwendung oder Milderung einer nichtvorhergesehenen Notlage erfolgt.

(5) Der Bundesminister der Finanzen kann abweichend von § 47 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung zur verbilligten Beschaffung von Bauland zulassen, daß bundeseigene unbebaute Grundstücke unter dem vollen Wert veräußert werden, wenn sichergestellt ist, daß diese Grundstücke binnen angemessener Frist, die in der Regel drei Jahre nach Abschluß des Kaufvertrages nicht übersteigen soll, zu Zwecken des sozialen Wohnungsbaues bebaut werden. Unterbleibt die Bebauung, so ist das Eigentum an dem Grundstück gegen Erstattung der Kosten wieder auf den Bund zurückzuübertragen. Der Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates gemäß § 47 Abs. 3 der Reichshaushaltsordnung bedarf es in diesen Fällen nicht. Das Nähere bestimmen Richtlinien des Bundesschatzministers im Einvernehmen mit den Bundesministern der Finanzen und für Wohnungswesen und Städtebau.

(6) In den Fällen des § 47 Abs. 3 und 6 der Reichshaushaltsordnung gilt als Wertgrenze des § 3 Abs. 2 und des § 5 der Anlage 3 zu § 57 der Reichswirtschaftsbestimmungen der Betrag von 1 000 000 Deutsche Mark.

(7) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages in Abweichung von § 50 Abs. 2 der Reichshaushaltsordnung die Änderung von Kreditverträgen mit ausländischen Schuldnern zuzulassen, wenn dies im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt.

(8) Von der Einziehung von Forderungen des Bundes im Verkehr mit Privatpersonen darf mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen Abstand genommen werden, wenn die Einziehung mit Verwaltungsaufwand oder Kosten verbunden wäre, die nicht in angemessenem Verhältnis zur Höhe des Betrages stehen.

(9) Mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen können zur Erfüllung des deutsch-amerikanischen Devisenausgleichsabkommens vom 24. Oktober 1961 (zuletzt verlängert am 11. Mai 1964 für die Zeit vom 1. Juli 1965 bis zum 30. Juni 1967) Leistungen vor Empfang der Gegenleistung oder ohne Bestehen einer bestimmten vertraglichen Leistungspflicht bewirkt werden. Mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen soll ein gemäß Satz 1 zu leistender Geldbetrag in den Vereinigten Staaten von Amerika angelegt werden.

§ 4

Übersteigt bei einem Einnahmetitel der Betrag der tatsächlichen Einnahmen den Haushaltsansatz und können auf Grund eines Haushaltsvermerks bei einem übertragbaren Ausgabetitel in Höhe dieser Mehreinnahmen Ausgaben geleistet werden, so dürfen, abweichend von § 73 der Reichshaushaltsordnung, die Beträge solcher Mehreinnahmen, die bis zum Schluß des Rechnungsjahres für die Zwecke der Ausgabetitel nicht verwendet worden sind, in der Haushaltsrechnung als Ausgaberesultat und zugleich als Mehrausgabe nachgewiesen werden.

§ 5

(1) Verwaltungsvorschriften, die die aus einer einzelnen Zweckbestimmung zu leistenden Ausgaben nach bestimmten Merkmalen festlegen, sind so zu fassen, daß die unter der Zweckbestimmung veranschlagten Mittel zur Deckung der Ausgaben ausreichen. Ergibt sich, daß bei Aufrechterhaltung der Vorschriften eine Haushaltsüberschreitung erforderlich wird, sind die Vorschriften unverzüglich entsprechend zu ändern. Ausnahmen sind im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen zulässig; hat der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages den Verwaltungsvorschriften zugestimmt, so ist grundsätzlich auch die Zustimmung dieses Ausschusses einzuholen.

(2) § 45b der Reichshaushaltsordnung ist auf Handlungen der Verwaltung auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts anzuwenden, durch die die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet wird, über ein Rechnungsjahr hinaus Auszahlungen zu leisten. Das gilt auch für Entscheidungen der Verwaltung auf Grund gesetzlicher Ermächtigung.

(3) § 75 der Reichshaushaltsordnung ist in der Weise anzuwenden, daß bei Feststellung des Jahresergebnisses nur die tatsächlich eingegangenen Einnahmen (Ist-Einnahme) und die tatsächlich geleisteten Ausgaben (Ist-Ausgabe) berücksichtigt werden.

§ 6

Der Bundesminister der Finanzen darf seine Zustimmung nach § 30 Abs. 2 der Reichshaushalts-

ordnung zur Verausgabung von Beträgen, die bei übertragbaren Ausgabebewilligungen am Schluß des Rechnungsjahres 1966 nicht verwendet sind (Ausgabereste), nur erteilen, wenn innerhalb desselben Einzelplans im Rechnungsjahr 1967 veranschlagte Beträge in gleicher Höhe für diesen Zweck in Abgang gestellt werden oder wenn sichergestellt ist, daß in demselben Einzelplan am Schluß des Rechnungsjahres 1967 Ausgabereste in gleicher Höhe verbleiben. Der Bundesminister der Finanzen kann in Ausnahmefällen zulassen, daß der Ausgleich in anderen Einzelplänen vorgenommen wird.

§ 7

(1) Verfügungen über Ausgabemittel, die bei einzelnen Titeln des Haushaltsplans als gesperrt bezeichnet oder im außerordentlichen Haushalt veranschlagt sind, desgleichen Maßnahmen, durch welche für die Bundesrepublik Deutschland Verpflichtungen zu Lasten dieser Ausgabemittel entstehen können, bedürfen der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann die Inanspruchnahme von bestimmten Ausgabemitteln von seiner Zustimmung abhängig machen, soweit die Entwicklung auf der Einnahme- oder Ausgabe-seite es erfordert.

(3) Der Bundesminister der Finanzen kann aus konjunkturpolitischen Gründen die Verfügung über bestimmte Ausgabemittel von seiner besonderen vorherigen Zustimmung abhängig machen. Das gleiche gilt für das Eingehen von Verbindlichkeiten zu Lasten künftiger Rechnungsjahre. Der Bundesminister der Finanzen hat vor der Sperre und ihrer Aufhebung das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbeizuführen.

(4) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen anzuordnen, daß vermögenswirksame Ausgaben, die im ordentlichen Haushalt veranschlagt sind, aus Mitteln des außerordentlichen Haushalts geleistet werden, wenn dies nach der Entwicklung auf der Einnahme- oder Ausgabe-seite zur Sicherung des Haushaltsausgleichs erforderlich ist.

(5) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, bei zweckgebundenen Zuschüssen und Darlehen des Bundes an die Länder Abweichungen von im Haushaltsplan vorgesehenen Selbstbeteiligungen der leistungsschwachen Länder zuzulassen.

§ 8

(1) Der Beginn von Hochbaumaßnahmen des Bundes sowie die Gewährung von Zuwendungen für Hochbaumaßnahmen an Stellen außerhalb der Bundesverwaltung bedürfen der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft die Mittel für die Fortführung begonnener und für neue Baumaßnahmen des Bundes sowie die Ausgabenansätze zur Förderung von Baumaßnahmen anderer Stellen in Höhe von 20 vom Hun-

dert zu sperren, wenn und soweit dies aus konjunkturpolitischen Gründen insbesondere mit Rücksicht auf die Lage des Baumarktes erforderlich ist. § 7 Abs. 2 und 3 bleibt unberührt.

(3) § 19 Abs. 2 Satz 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 1. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1617) findet keine Anwendung.

§ 9

(1) Innerhalb der einzelnen Kapitel sind gegenseitig deckungsfähig die Ansätze bei

1. Titel 104 a und 104 b,
2. Titel 109 a und 109 b,
3. Titel 207 a, b und c.

(2) Innerhalb der einzelnen Kapitel können verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit)

1. Einsparungen bei Titel 101 zur Verstärkung der bei Titel 103 und 104 veranschlagten Mittel;
2. Einsparungen bei Titel 102 zur Verstärkung der bei Titel 103 veranschlagten Mittel;
3. Einsparungen bei Titel 103 zur Verstärkung der bei Titel 104 veranschlagten Mittel;
4. Einsparungen bei den Titeln 101 bis 104 zur Verstärkung von Mitteln bei den Titeln 109, 110 und 111;
5. Einsparungen bei Titel 106 zur Verstärkung der bei Titel 107 veranschlagten Mittel;
6. Einsparungen bei Titel 108 zur Verstärkung der bei Titel 217 veranschlagten Mittel.

(3) Innerhalb der Kapitel 33 03, 33 04, 33 06, 33 07 und 33 08 können Einsparungen bei Titel 160 zur Verstärkung der bei Titel 161 veranschlagten Mittel verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit).

(4) In Abweichung von § 31 Satz 2 der Reichshaushaltsordnung sind übertragbare Ausgabemittel mit anderen Ausgabemitteln nach Maßgabe der im Haushaltsplan ausgebrachten Haushaltsvermerke deckungsfähig.

(5) Die obersten Bundesbehörden können mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen die Deckungsfähigkeit der Bewilligungen für Sachausgaben innerhalb eines Kapitels anordnen, soweit die Mittel nicht übertragbar sind, der Mehrbedarf des Einzeltitels nicht mehr als 25 vom Hundert beträgt und die Maßnahme wirtschaftlich zweckmäßig erscheint.

(6) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen innerhalb des Einzelplans 14 (Bundesminister der Verteidigung) die Deckungsfähigkeit der Bewilligungen für allgemeine und einmalige Ausgaben der Kapitel 14 08 und 14 11 bis 14 19 sowie der Titel 308 a, 308 b, 309 a und 309 b des Kapitels 14 02 anzuordnen, falls dies auf Grund später eingetretener Umstände wirtschaftlich zweckmäßig erscheint. Diese Regelung gilt auch für übertragbare Mittel. § 33 der Reichshaushaltsordnung bleibt unberührt.

§ 10

Die im Haushaltsplan vorgesehenen Stellen der Eingangsgruppe einer Laufbahn können abweichend von § 36 Abs. 2 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung

auch mit Beamten einer niedrigeren Laufbahn besetzt werden, wenn sie in die Aufgaben der neuen Laufbahn eingeführt werden.

§ 11

(1) Abweichend von § 36 b Abs. 2 der Reichshaushaltsordnung kann die Einweisung in eine Planstelle mit Rückwirkung bis zum 1. Januar 1967 erfolgen, soweit der Beamte während dieser Zeit die beamtenrechtlichen Voraussetzungen für die Beförderung erfüllt und die Obliegenheiten dieser oder einer gleichartigen Stelle tatsächlich wahrgenommen hat und die Stelle, in die er eingewiesen wird, besetzbar war.

(2) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen Planstellen zusätzlich zu schaffen, wenn ein unabweisbares, auf andere Weise nicht zu befriedigendes Bedürfnis vorliegt, das ein Hinausschieben der Entscheidung bis zur Verkündung des Haushaltgesetzes für das Rechnungsjahr 1968 ausschließt. Die zusätzlichen Planstellen sind mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ zu versehen. Über den weiteren Verbleib ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

(3) Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird ermächtigt, auf Antrag des Bundesministers der Finanzen Planstellen nach Maßgabe des Ersten Gesetzes zur Neuregelung des Besoldungsrechts umzuwandeln. Die umgewandelten Planstellen sind mit dem Vermerk „künftig umzuwandeln“ zu versehen. Über den weiteren Verbleib der umgewandelten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 12

(1) Wird ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung unter Wegfall der Dienstbezüge länger als ein Jahr verwendet und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, die Planstelle des Beamten neu zu besetzen, so kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Beamten im Einzelplan der abgebenden Dienstbehörde eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Beamten mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen.

(2) Wird der Beamte wieder im Dienst des Bundes verwendet, ist er in eine freie oder in die nächste frei werdende Planstelle seiner Besoldungsgruppe bei seiner Verwaltung einzuweisen; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen; solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

(3) Der Bundesminister der Finanzen kann ferner mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages im Einzelplan der zuständigen

Dienstbehörde Planstellen für Beamte ausbringen, deren Verwendung demnächst im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung beabsichtigt ist. Für den Fall, daß Ersatz für Beamte gewonnen werden soll, die in Zukunft bei einer bestehenden oder erwarteten Einrichtung dieser Art verwendet werden sollen oder die durch Teilnahme an zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Konferenzen länger als ein Jahr an der Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben verhindert sind, können auf die gleiche Weise Planstellen ausgebracht werden. Von der Einholung der Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages darf nur abgesehen werden, wenn die Maßnahme keinen Aufschub duldet; in diesem Falle ist der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages unverzüglich zu unterrichten.

(4) Über den weiteren Verbleib der durch den Bundesminister der Finanzen nach den Absätzen 1 und 3 ausgebrachten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend, wenn ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde zur Verwendung in einem Entwicklungsland unter Wegfall der Bezüge länger als ein Jahr beurlaubt wird.

§ 13

(1) Wird ein planmäßiger Bundesrichter an einem oberen Bundesgericht gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 243), zuletzt geändert durch das Vereinsgesetz vom 5. August 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 593), zum Richter des Bundesverfassungsgerichts gewählt, kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Richter im Einzelplan des abgebenden oberen Bundesgerichts eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Bundesrichters mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen.

(2) Scheidet der Richter aus dem Bundesverfassungsgericht aus und tritt er wieder zu seinem oberen Bundesgericht zurück, ist er in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle derjenigen Besoldungsgruppe bei seinem Gericht einzuweisen, die seinem dortigen Amt als Bundesrichter entspricht; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen. Solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

§ 14

(1) Werden Aufgaben von einer Dienststelle auf eine andere innerhalb des Geschäftsbereichs eines Bundesministers oder vom Geschäftsbereich eines Bundesministers zu dem eines anderen übertragen, so sind auch die Mittel und Planstellen auf die nunmehr zuständige Haushaltsstelle zu übertragen. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ist von der Übertragung zu unterrichten.

(2) Zum Ausgleich des Personalbedarfs in den Geschäftsbereichen der Bundesminister kann die Bundesregierung mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Planstellen und Mittel von einem Kapitel auf ein anderes Kapitel desselben oder eines anderen Einzelplans übertragen. Der Beschluß ergeht auf Antrag eines Bundesministers. Eines Beschlusses der Bundesregierung bedarf es nicht, wenn die beteiligten Bundesminister einig sind oder der Personalausgleich innerhalb eines Einzelplans erfolgt. Vor der Beschlußfassung und vor Übertragung nach Satz 3 ist der Präsident des Bundesrechnungshofes von dem zuständigen Bundesminister zu hören.

(3) Die Übertragung von Mitteln oder Planstellen nach Absatz 1 oder Absatz 2 Satz 3 bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.

(4) § 36 a der Reichshaushaltsordnung bleibt durch die Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 unberührt.

§ 15

(1) Abweichend von § 17 des Ersten Wohnungsbaugesetzes vom 24. April 1950 in der Fassung vom 25. August 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1047) und von § 20 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 1. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1617), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Haushaltssicherungsgesetzes vom 20. Dezember 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 2065), können die nach diesen Vorschriften für Maßnahmen zugunsten des sozialen Wohnungsbaues zu verwendenden Rückflüsse, Erträge, Rückzahlungen oder Erlöse auch für Maßnahmen zugunsten des Wohnungsbaues im Rahmen der Stadt- und Dorferneuerung verwendet werden.

(2) Das Bundesgesetz zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reiches und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz — BRüG) in der Fassung des Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesrückerstattungsgesetzes vom 2. Oktober 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 809) gilt mit folgender Maßgabe:

1. Die Aufwendungen für die durch Geldleistungen zu erfüllenden Ansprüche nach diesem Gesetz werden für das Rechnungsjahr 1967 auf 250 000 000 Deutsche Mark festgesetzt.
2. Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Fälligkeit von Leistungen zur Befriedigung von Rechtsansprüchen oder von Härtefällen ganz oder teilweise hinauszuschieben.

(3) Die Zweckbindung nach Artikel 1 des Straßenbaufinanzierungsgesetzes in der Fassung des Gesetzes über die Umstellung der Abgaben auf Mineralöl vom 20. Dezember 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 995) gilt im Rechnungsjahr 1967 mit der Maßgabe, daß das Aufkommen an Mineralölsteuer bis zum Betrage von 3 350 000 000 Deutsche Mark für Zwecke des Straßenwesens zu verwenden ist. Artikel 13 des Ersten Gesetzes zur Überleitung der Haushaltswirt-

schaft des Bundes in eine mehrjährige Finanzplanung (Finanzplanungsgesetz) vom 23. Dezember 1966 (Bundesgesetzbl. I-S. 697) tritt außer Kraft.

(4) Die in Artikel 9 des Gesetzes zur Sicherung des Haushaltsausgleichs vom 20. Dezember 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 2065) für das Rechnungsjahr 1966 erteilte Finanzierungsermächtigung gilt im Rechnungsjahr 1967 weiter, soweit sie im Rechnungsjahr 1966 nicht in Anspruch genommen worden ist.

§ 16

(1) Die Deutsche Bundespost wird verpflichtet, die im Rechnungsjahr 1967 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Postsparkasse auf Grund des § 10 der Zweiten Durchführungsverordnung (Bankenverordnung) zum Dritten Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) gegenüber dem Bund zusteht.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, die nach § 21 des Postverwaltungsgesetzes vom 24. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 676), zuletzt geändert durch das Gesetz über die Zuständigkeit auf dem Gebiet des Rechts des öffentlichen Dienstes vom 20. August 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 705), geschuldete Ablieferung, soweit sie über eine Verzinsung des Eigenkapitals mit 7 vom Hundert jährlich hinausgeht, mit der Maßgabe zu erlassen, daß die Deutsche Bundespost den erlassenen Teilbetrag zur Verstärkung ihres Eigenkapitals verwendet.

§ 17

Ersatzbeschaffungen von Kraftfahrzeugen dürfen nur vorgenommen werden, wenn ihre Notwendigkeit durch das Gutachten eines kraftfahrtechnischen Sachverständigen des Bundesministeriums der Finanzen, in den Bereichen des Bundesministers des Innern, des Bundesministers der Verteidigung und des Bundesministers für Verkehr durch das Gutachten des jeweils für den Bereich des betreffenden Ministeriums zuständigen kraftfahrtechnischen Sachverständigen festgestellt ist. Der Bundesminister der Finanzen kann in besonderen Fällen Ausnahmen hiervon zulassen.

§ 18

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Bundeshauptkasse Geldmittel im Wege des Kredits zu beschaffen, dessen Höhe den Betrag von 7 000 000 000 Deutsche Mark nicht überschreiten darf. Darauf sind die Beträge anzurechnen, die auf Grund von Ermächtigungen früherer Haushaltsgesetze aufgenommen sind. Soweit Kredite zurückerzahlt sind, kann die Ermächtigung wiederholt in Anspruch genommen werden. Die Kredite dürfen nicht später als 24 Monate nach ihrer Aufnahme fällig werden.

§ 19

(1) Die dem Bundesminister der Finanzen durch § 19 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes 1966 vom 22. Juni 1966 (Bundesgesetzbl. II S. 437) erteilte Ermächtigung zur Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredits zur Deckung von Ausgaben des außerordent-

lichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1966 bleibt bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1968 wirksam.

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1967 Geldmittel im Wege des Kredits beschaffen, dessen Höhe den Betrag von 8 053 224 700 Deutsche Mark nicht übersteigen darf. Die auf Grund der im Kreditfinanzierungsgesetz 1967 enthaltenen Ermächtigung aufgenommenen Kredite sind auf den in Satz 1 festgelegten Kreditrahmen anzurechnen.

§ 20

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zu übernehmen

1. a) im Zusammenhang mit förderungswürdigen Ausfuhren zugunsten von Ausfuhrern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner. — Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt —;
- b) im Zusammenhang mit Ausfuhren, an deren Durchführung ein besonderes staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht, zugunsten von Ausfuhrern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner;
2. a) für Kredite an ausländische Schuldner im Zusammenhang mit der Gewährung bilateraler Kapitalhilfe,
- b) für andere Kredite an ausländische Schuldner, wenn dies der Finanzierung förderungswürdiger Vorhaben dient oder im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt;
3. zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland, wenn zwischen der Bundesrepublik und dem Land, in dem das Kapital angelegt wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht oder, solange dies nicht der Fall ist, durch die Rechtsordnung des betreffenden Landes oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Kapitalanlage gewährleistet erscheint. — Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt —;
4. zum Zwecke der Umschuldung durch den Bund gedeckter Forderungen deutscher Gläubiger. — Dabei können die Selbstbeteiligungen nachträglich ermäßigt sowie in Ausnahmefällen Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für bisher ungedeckte Forderungen übernommen werden, wenn andernfalls die Umschuldungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können —;

5. zur Sicherung der Finanzierung von förderungswürdigen Aufbauvorhaben in Entwicklungsländern, für die der Bund im Rahmen der Kreditzusageermächtigungen für Kapitalhilfe eine Finanzierungszusage gegeben hat, wenn dadurch eine Finanzierung mit Haushaltsmitteln vermieden wird.

(2) Der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 1 wird auf 19 000 000 000 Deutsche Mark, der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 2 bis 4 auf insgesamt 9 000 000 000 Deutsche Mark, der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 5 auf 250 000 000 Deutsche Mark festgesetzt.

§ 21

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet bis zum Höchstbetrage von 1 500 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen.

§ 22

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zum Höchstbetrage von 1 500 000 000 Deutsche Mark zur Förderung der Berliner Wirtschaft und des Warenverkehrs mit Berlin nach Richtlinien zu übernehmen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und den sonst beteiligten Fachministern festlegt.

§ 23

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zum Höchstbetrage von 12 400 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen

1. zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe, wenn eine anderweitige Finanzierung nicht möglich ist und ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse an der Durchführung der Maßnahmen besteht;
2. zur Förderung des Verkehrswesens;
3. zur Förderung des Wohnungsbaues und der damit verbundenen städtebaulichen Maßnahmen, insbesondere des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues, zur Förderung des Baues gewerblicher Räume, wenn der Bau der gewerblichen Räume im Zusammenhang mit dem Bau von Wohnungen steht, sowie zur Förderung der Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden;
4. für Verbindlichkeiten, die der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank aus der Ausgabe von Schuldverschreibungen erwachsen -- zu vergleichen § 3 des Gesetzes über die Zusammenlegung der Deutschen Landesrentenbank und der Deutschen Siedlungsbank vom 27. August 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1001) --;
5. für Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955 (Bundesgesetzblatt I S. 565) — Grüner Plan —;
6. zur Förderung der Deutschen Fischwirtschaft;

7. im Zusammenhang mit der Freigabe beschlagnehmter deutscher Auslandsvermögen;
8. für Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds aus der Eintragung von Schuldbuchforderungen oder der Aushändigung von Schuldverschreibungen nach § 252 Abs. 3 des Lastenausgleichsgesetzes vom 14. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 446), zuletzt geändert durch das Achtzehnte Gesetz zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 3. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1043);
9. im Zusammenhang mit der Abdeckung von Haftpflichtrisiken namentlich aus Anlaß des Bezugs oder der Verwendung von Kernbrennstoffen für friedliche Zwecke, soweit dadurch eine Finanzierung aus Haushaltsmitteln vermieden wird;
10. im Zusammenhang mit der Beschaffung von Kernbrennstoffen, die die Europäische Atomgemeinschaft auf Grund bilateraler Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika für Benutzer in der Bundesrepublik bezieht, wenn die Europäische Atomgemeinschaft nach dem Beschluß des Rates vom 5./7. März 1962 die Beschaffung der Kernbrennstoffe hiervon abhängig macht. — Die vertragliche Verpflichtung der Benutzer auf Freistellung des Bundes bleibt unberührt —;
11. im Falle eines unvorhergesehenen, unabwiesbaren Bedürfnisses, insbesondere für Notmaßnahmen.

§ 24

Gewährleistungen nach den §§ 20 bis 23 können auch in ausländischer Währung übernommen werden; sie sind zu dem Mittelkurs, der vor Ausfertigung der Urkunden zuletzt amtlich festgestellt worden ist, auf den Höchstbetrag anzurechnen.

§ 25

(1) Auf die Höchstbeträge der §§ 20 bis 23 werden jeweils die Gewährleistungen auf Grund der entsprechenden Ermächtigungen angerechnet, die in den §§ 20 bis 23 des Haushaltsgesetzes 1966 enthalten sind. Die Anrechnung erfolgt, soweit der Bund noch in Anspruch genommen werden kann oder soweit er in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachten Leistungen keinen Ersatz erlangt hat.

(2) Soweit der Bund ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für erbrachte Leistungen erlangt hat, ist eine übernommene Gewährleistung auf den Höchstbetrag nicht mehr anzurechnen.

(3) Die Ermächtigungsräume der §§ 20 bis 23 können mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für Zwecke der jeweils anderen Vorschriften verwendet werden.

§ 26

Der Bundesminister der Finanzen hat dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages halbjährlich über den Stand der nach §§ 20 bis 23 übernommenen Verpflichtungen zu berichten.

§ 27

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages kann im Namen des Deutschen Bundestages den Präsidenten des Bundesrechnungshofes als Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung um die Erstattung von Gutachten ersuchen.

§ 28

(1) §§ 2, 3, 5, 7, 8 Abs. 1 und 3, §§ 10, 11 Abs. 2 und 3, §§ 12 bis 14 und 15 Abs. 1, §§ 17, 18, 19 Abs. 2 sowie §§ 20 bis 27 gelten bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Rechnungsjahres weiter.

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann ab 1. Januar 1968 bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1968 zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts Geldmittel im Wege des Kredits bis zu 1 000 000 000 Deutsche Mark beschaffen. Die auf Grund dieser Ermächtigung aufgenommenen Kredite sind auf den durch das Haushaltsgesetz 1968 festzulegenden Kreditrahmen anzurechnen.

(3) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, in der Zeit vom 1. Januar 1968 bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1968 Darlehensverpflichtungen zu Lasten künftiger Rechnungsjahre einzugehen, soweit dies zur Fortführung von Maßnahmen erforderlich ist, für die bereits im Haushaltsplan 1967 Bindungsermächtigungen bewilligt worden sind. Die neuen Verpflichtungen dürfen jeweils 50 vom Hundert des für den einzelnen Zweck im Haushaltsplan 1967 vorgesehenen Ermächtigungsbetrages, höchstens jedoch 50 vom Hundert des im Regierungsentwurf des Haushaltsplans 1968 vorgesehenen Ermächtigungsbetrages nicht überschreiten. Die auf Grund dieser Ermächtigung eingegangenen Verpflichtungen sind jeweils auf die durch den Haushaltsplan 1968 festgelegten Bindungsermächtigungen anzurechnen.

§ 29

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, im Rechnungsjahr 1967 von den Bundeszuschüssen an die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter einen Teilbetrag bis zur Höhe von 847 000 000 Deutsche Mark und an die Träger der Rentenversicherung der Angestellten einen Teilbetrag bis zur Höhe von 603 000 000 Deutsche Mark in der Weise zu entrichten, daß er Schuldbuchforderungen gegen den Bund zuteilt, die auf sein Ersuchen in das Bundesschuldbuch eingetragen werden. Der auf die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter entfallende Teilbetrag ist auf die einzelnen Rentenversicherungsträger im Verhältnis ihres am 31. Dezember 1966 vorhandenen Bar- und Anlagevermögens aufzuteilen; Abweichendes kann vereinbart werden. Die Schuldbuchforderungen werden, soweit nichts anderes vereinbart wird, in vier gleichen Teilbeträgen in den Monaten Mai, Juni, September und Oktober zugeweiht. Die Schuldbuchforderungen sind jährlich mit 6,75 vom Hundert zu verzinsen und mit 4 vom Hundert zuzüglich der durch die Tilgung ersparten Zinsen zu tilgen. Die

Zins- und Tilgungsbeträge sind nachträglich jährlich am 21. Dezember eines jeden Jahres zahlbar, erstmals am 21. Dezember 1968. Für die Zeiten zwischen der Begebung und dem Beginn des Zinsenlaufs sind 6,75 vom Hundert Stückzinsen zu vergüten. Die Schuldbuchforderungen dürfen vom Ersterwerber an einen anderen Träger der Rentenversicherung unbeschränkt, im übrigen nur im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen veräußert werden.

(2) Artikel 4 des Ersten Gesetzes zur Überleitung der Haushaltswirtschaft des Bundes in eine mehrjährige Finanzplanung vom 23. Dezember 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 697) tritt außer Kraft.

§ 30

a) In § 1314 der Reichsversicherungsordnung wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter und der Träger der Rentenversicherung der Angestellten erstatten im Rechnungsjahr 1967 den Trägern der knappschaftlichen Rentenversicherung 27 vom Hundert der Aufwendungen der Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung für die knappschaftliche Krankenversicherung der Rentner. Der Erstattungsbetrag ist von den Trägern der Rentenversicherung der Arbeiter zu 84 vom Hundert und dem Träger der Rentenversicherung der Angestellten zu 16 vom Hundert zu tragen; die Anteile gelten als Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner.“

b) In § 93 des Angestelltenversicherungsgesetzes wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter und der Träger der Rentenversicherung der Angestellten erstatten im Rechnungsjahr 1967 den Trägern der knappschaftlichen Rentenversicherung 27 vom Hundert der Aufwendungen der Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung für die knappschaftliche Krankenversicherung der Rentner. Der Erstattungsbetrag ist von den Trägern der Rentenversicherung der Arbeiter zu 84 vom Hundert und dem Träger der Rentenversicherung der Angestellten zu 16 vom Hundert zu tragen; die Anteile gelten als Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner.“

c) In § 104 des Reichsknappschaftsgesetzes wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter und der Träger der Rentenversicherung der Angestellten erstatten im Rechnungsjahr 1967 den Trägern der knappschaftlichen Rentenversicherung 27 vom Hundert der Aufwendungen der Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung für die knappschaftliche Krankenversicherung der Rentner. Der Erstattungsbetrag ist von den Trägern der Rentenversicherung der Arbeiter zu 84 vom Hundert und dem Träger der Rentenversicherung der Angestellten zu 16 vom Hundert zu tragen; die Anteile gelten als Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner.“

§ 31

§ 138 des Bundessozialhilfegesetzes vom 30. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 815), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Bundessozialhilfegesetzes vom 31. August 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1027), findet im Rechnungsjahr 1967 keine Anwendung.

§ 32

§ 14 a des Bundeskindergeldgesetzes vom 14. April 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 265) in der Fassung des Ersten Gesetzes zur Überleitung der Haushaltswirtschaft des Bundes in eine mehrjährige Finanzplanung (Finanzplanungsgesetz) vom 23. Dezember 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 697) findet in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1967 keine Anwendung.

§ 33

Der Bundesminister der Finanzen kann Verwaltungsvorschriften zur Durchführung dieses Gesetzes erlassen.

§ 34

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 35

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1967 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 4. Juli 1967

Der Bundespräsident
Lübke

Der Bundeskanzler
Kiesinger

Der Bundesminister der Finanzen
Strauß

**Gesamtplan
des Bundeshaushaltsplans
1967**

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1967	gegenüber 1966	1967	1966
		DM	mehr (+) weniger (-) DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
01					
Bundespräsident und Bundespräsidialamt					
01 01	Bundespräsident	—	—	240 900	237 500
01 03	Bundespräsidialamt	15 800	— 1 600	1 895 100	1 824 300
	Zusammen	15 800	— 1 600	2 136 000	2 061 800
02					
Deutscher Bundestag					
02 01	Deutscher Bundestag	658 200	+ 24 500	13 641 000	13 957 000
02 03	Der Wehrbeauftragte des Bundestages	1 000	— 300	961 600	888 000
	Zusammen	659 200	+ 24 200	14 602 600	14 845 000
03					
Bundesrat					
03 01	Bundesrat	25 000	+ 800	1 826 200	1 708 800
04					
Bundeskanzler und Bundeskanzleramt					
04 01	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	21 600	— 4 300	5 776 800	5 108 600
04 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
04 03	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	502 200	— 48 000	13 009 100	12 384 500
04 04	Bundesnachrichtendienst	—	—	—	—
	Zusammen	523 800	— 52 300	18 785 900	17 493 100
05					
Auswärtiges Amt					
05 01	Auswärtiges Amt	303 600	+ 1 600	37 257 200	33 636 700
05 02	Allgemeine Bewilligungen	40 000	+ 40 000	—	—
05 03	Vertretungen des Bundes im Ausland	9 970 000	+ 4 200 000	175 152 000	158 256 000
05 04	Angelegenheiten des Europarates und verwandte Gebiete	—	—	—	—
05 05	Zentralstelle für Verwaltungsaufgaben zur Pflege der kulturellen Auslandsbeziehungen	—	—	—	—
	Zusammen	10 313 600	+ 4 241 600	212 409 200	191 892 700

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1967	1966	1967	1966	1967	1966	1967	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (-)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
300 000	275 000	700 000	750 000	—	—	1 240 900	— 21 600	01 01
909 300	906 300	2 073 500	2 305 000	15 500	40 600	4 893 400	— 182 800	01 03
1 209 300	1 181 300	2 773 500	3 055 000	15 500	40 600	6 134 300	— 204 400	
7 669 100	6 731 900	33 607 800	34 334 400	16 088 400	4 045 400	71 006 300	+ 11 937 600	02 01
217 900	232 600	—	—	—	—	1 179 500	+ 58 900	02 03
7 887 000	6 964 500	33 607 800	34 334 400	16 088 400	4 045 400	72 185 800	+ 11 996 500	
724 300	664 400	434 000	424 000	—	36 000	2 984 500	+ 151 300	03 01
1 298 300	1 002 300	707 200	707 200	276 500	14 000	8 058 800	+ 1 226 700	04 01
— 6 910 900	— 7 414 200	2 200 000	—	—	—	— 4 710 900	+ 2 703 300	04 02
2 959 000	2 940 500	85 650 600	84 166 700	460 100	270 400	102 078 800	+ 2 316 700	04 03
—	—	66 207 200	65 593 200	—	—	66 207 200	+ 614 000	04 04
— 2 653 600	— 3 471 400	154 765 000	150 467 100	736 600	284 400	171 633 900	+ 6 860 700	
23 490 000	22 968 100	114 000	104 000	2 565 700	1 699 800	63 426 900	+ 5 018 300	05 01
—	—	279 573 900	268 720 100	88 535 700	88 589 000	368 109 600	+ 10 800 500	05 02
38 249 000	35 540 000	2 190 000	3 730 000	18 762 000	23 190 600	234 353 000	+ 13 636 400	05 03
—	—	5 316 400	4 919 700	—	—	5 316 400	+ 396 700	05 04
—	—	—	—	—	—	—	—	05 05
61 739 000	58 508 100	287 194 300	277 473 800	109 863 400	113 479 400	671 205 900	+ 29 851 900	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1967	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (-)	1967	1966
1	2	3	4	5	6
06					
Bundesminister des Innern					
06 01	Bundesministerium des Innern in Bonn	53 500	— 1 500	24 775 200	22 217 500
06 02 *)	Allgemeine Bewilligungen	17 901 400	+ 5 141 000	—	—
06 03	Bundesverwaltungsgericht in Berlin	355 700	— 1 300	4 967 400	4 667 100
06 04	Der Oberbundesanwalt beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin	1 200	+ 800	591 100	595 400
06 05	Bundesdisziplinarhof in Berlin	1 500	— 300	1 765 600	1 755 200
06 06	Der Bundesdisziplinaranwalt beim Bundesdisziplinarhof in Frankfurt (Main)	100	—	457 800	439 200
06 07	Bundesdisziplinarkammern in Frankfurt (Main)	35 000	— 2 000	480 000	453 900
06 08	Statistisches Bundesamt in Wiesbaden	354 200	+ 6 000	35 532 000	33 116 700
06 09	Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln	120 800	— 1 100	14 659 600	14 549 700
06 10	Bundeskriminalamt in Wiesbaden	27 000	— 105 600	11 473 200	11 491 000
06 13	Bundesarchiv in Koblenz	50 700	— 600	2 746 300	2 731 400
06 14	Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung in Bad Godesberg	142 100	+ 8 200	1 877 200	1 711 800
06 15	Bundesverwaltungsamt in Köln	61 500	— 15 000	9 319 700	8 258 400
06 16	Institut für Angewandte Geodäsie in Frankfurt (Main)	241 000	— 82 200	5 062 000	4 437 700
06 19	Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz in Bad Godes- berg	5 177 000	+ 309 100	21 002 000	17 102 000
06 20	Akademie für zivile Verteidigung	—	—	511 700	593 800
06 21	Bundesluftschutzverband	—	—	—	—
06 24	Beschaffungen für die Bereitschaftspolizeien der Länder	170 500	— 109 800	—	—
06 25 *)	Bundesgrenzschutz	2 907 500	— 21 900	186 975 000	183 268 800
06 26	Beschaffungsstelle des Bundesministers des Innern in Bonn	123 000	+ 3 000	5 128 300	4 993 100
06 29	Deutsches Archäologisches Institut in Berlin	37 300	+ 400	5 335 400	4 721 500
06 30	Deutsches Historisches Institut in Rom**)	—	— 3 500	—	676 500
06 31	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften in Bad Godesberg***)	—	— 1 000	—	121 900
06 33	Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flücht- linge in Zirndorf (Kr. Fürth)	10 700	—	1 561 800	1 374 900
06 34	Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln	500	+ 300	1 325 300	1 201 900
06 35	Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn	44 800	+ 1 500	1 355 400	1 312 600
06 36	Kriegsfolgenhilfe und entsprechende Leistungen, Kriegs- opferfürsorge	69 560 000	+ 12 550 000	—	—
	Zusammen	97 377 000	+ 17 674 400	336 902 000	321 716 400
	*** Ab 1967 bei Einzelplan 31 als Kap. 31 06 veranschlagt. **** Ab 1967 bei Einzelplan 29 als Kap. 29 03 veranschlagt.				
07					
Bundesminister der Justiz					
07 01	Bundesministerium der Justiz	2 644 700	+ 410 500	11 200 400	10 713 800
07 02	Allgemeine Bewilligungen	1 000	—	—	—
07 03	Bundesgerichtshof in Karlsruhe	3 060 000	+ 200	8 736 800	8 220 600
07 04	Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Karls- ruhe	500	—	4 664 100	4 626 400
07 05	Deutsches Patentamt in München	70 424 400	+ 2 099 500	39 658 300	36 445 200
07 06	Bundespatentgericht in München	2 000	—	7 155 500	6 480 000
07 07	Oberstes Rückerstattungsgericht in Herford	31 400	— 3 000	1 005 300	1 051 800
	Zusammen	76 164 000	+ 2 507 200	72 420 400	67 537 800
08					
Bundesminister der Finanzen					
08 01	Bundesministerium der Finanzen in Bonn	251 700	— 12 300	46 307 200	43 001 300
08 02	Allgemeine Bewilligungen	80 100	— 1 300	—	—
08 03	Bundesfinanzhof in München	7 300	+ 500	3 628 400	3 338 500
08 04	Bundesfinanzverwaltung	37 919 000	— 334 300	587 762 500	552 359 000
08 08	Bundeshauptkasse in Bonn	—	—	1 092 000	1 044 400
08 09	Bundesmonopolverwaltung für Branntwein in Offenbach (Main)	—	—	—	—
08 10	Verwaltungsamt für innere Restitutionsen in Stadthagen	—	—	196 800	193 300
	Zusammen	38 258 100	— 347 400	638 986 900	599 936 500

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.	
1967	1966	1967	1966	1967	1966	1967	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (-)		
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM		
7	8	9	10	11	12	13	14	15	
2 895 400	2 582 100	250 000	240 000	126 300	205 100	28 046 900	+	2 801 800	06 01
— 70 300	— 60 000	224 252 100	248 677 000	98 970 000	116 292 300	323 152 100	—	41 757 800	06 02 *)
534 000	419 400	20 000	20 000	8 000	20 500	5 529 400	+	382 400	06 03
43 600	33 600	—	—	11 000	—	645 700	+	105 700	06 04
329 900	285 400	29 000	30 000	100 000	80 000	2 224 500	+	73 900	06 05
34 000	34 800	16 000	16 000	—	—	507 800	+	17 800	06 06
181 700	171 500	37 000	35 000	—	—	698 700	+	36 300	06 07
3 113 300	2 940 200	4 475 100	4 260 500	5 951 700	6 828 800	49 072 100	+	1 925 900	06 08
2 193 200	1 980 800	5 702 000	5 510 300	297 100	383 300	22 851 900	+	436 800	06 09
1 710 400	1 602 900	2 621 000	2 474 800	831 700	521 200	16 636 300	+	546 400	06 10
830 300	1 134 000	207 300	242 000	265 000	297 100	4 048 600	—	355 900	06 13
496 200	483 400	427 300	397 300	185 000	6 900	2 985 700	+	385 700	06 14
1 501 900	1 431 600	32 284 000	32 529 400	—	—	43 105 600	+	886 200	06 15
762 000	685 700	460 400	440 400	533 000	297 100	6 817 400	+	1 046 500	06 16
5 585 500	5 525 500	27 280 500	26 249 500	28 771 700	35 129 000	82 639 700	—	1 366 300	06 19
178 700	223 200	100 000	100 000	11 000	100 100	801 400	—	215 700	06 20
—	—	35 655 200	37 000 000	2 000 000	—	37 655 200	+	655 200	06 21
—	—	6 485 000	9 335 000	11 295 000	11 598 000	17 780 000	—	3 153 000	06 24
17 444 600	17 542 600	39 699 200	39 493 000	66 317 200	78 202 400	310 436 000	—	8 071 400	06 25 *)
812 000	767 500	100 800	98 900	28 000	—	6 069 100	+	209 600	06 26
1 119 600	1 093 900	2 459 100	2 162 100	328 800	431 900	9 242 900	+	833 500	06 29
—	188 700	—	151 700	—	25 000	—	—	1 041 900	06 30
—	39 900	—	19 000	—	—	—	—	180 800	06 31
155 500	149 300	—	—	—	—	1 717 300	+	193 100	06 33
424 800	415 000	592 000	582 000	85 000	118 700	2 427 100	+	109 500	06 34
377 300	336 700	11 750 000	11 100 000	—	—	13 482 700	+	733 400	06 35
—	—	638 597 900	618 812 900	200 000	200 000	638 797 900	+	19 785 000	06 36
40 653 900	40 007 700	1 033 500 600	1 039 978 600	216 315 500	250 647 400	1 627 372 000	—	24 978 100	
1 721 500	1 534 800	317 000	358 000	86 800	85 000	13 325 700	+	634 100	07 01
—	—	387 000	432 000	65 000	—	452 600	+	20 000	07 02
1 603 800	1 615 700	529 000	509 000	14 000	—	10 883 600	+	538 300	07 03
20 900	20 900	—	—	—	—	4 685 000	+	37 700	07 04
5 200 500	5 136 400	7 054 000	6 229 000	74 300	245 000	51 987 100	+	3 931 500	07 05
142 500	118 300	10 000	10 000	—	—	7 308 000	+	699 700	07 06
141 900	144 100	633 300	601 400	12 500	12 500	1 793 000	—	16 800	07 07
8 831 100	8 570 200	8 930 300	8 139 400	252 600	342 500	90 434 400	+	5 844 500	
3 700 400	3 762 800	—	—	281 100	45 500	50 288 700	+	3 479 100	08 01
—	—	3 721 200	3 503 500	—	—	3 721 200	+	217 700	08 02
321 400	313 600	5 000	—	—	—	3 954 800	+	302 700	08 03
166 986 700	156 158 100	5 655 000	9 275 000	24 666 000	18 777 600	785 070 200	+	48 500 500	08 04
—	—	—	—	—	—	1 092 000	+	47 600	08 08
—	—	—	—	—	—	—	—	—	08 09
57 200	52 700	—	—	—	—	254 000	+	8 000	08 10
171 065 700	160 287 200	9 381 200	12 778 500	24 947 100	18 823 100	844 380 900	+	52 555 600	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1967	gegenüber 1966	1967	1966
			mehr (+) weniger (-)		
1	2	3	4	5	6
09					
Bundesminister für Wirtschaft					
09 01	Bundesministerium für Wirtschaft	893 400	— 258 100	37 705 500	37 038 600
09 02 *)	Allgemeine Bewilligungen	425 900	— 56 100	—	—
09 03	Physikalisch-Technische Bundesanstalt in Braunschweig und Berlin	3 875 600	+ 207 000	20 874 500	19 161 000
09 04	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bauspar- wesen	6 523 300	+ 167 000	5 693 400	5 107 900
09 05	Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Frankfurt (Main)	76 900	— 1 300	7 790 800	7 192 900
09 06	Bundesstelle für Außenhandelsinformation in Köln	13 600	— 3 600	2 210 800	2 112 000
09 07	Bundesanstalt für Materialprüfung in Berlin	2 961 400	+ 3 300	10 638 000	9 951 700
09 08	Bundeskartellamt in Berlin	753 700	— 248 800	3 943 200	3 671 200
09 09	Bundesanstalt für Bodenforschung in Hannover	2 069 900	— 209 800	1 105 400	1 311 200
09 10	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen in Berlin	2 923 800	+ 311 700	2 487 200	2 988 000
09 11	Institut für chemisch-technische Untersuchungen	13 200	+ 1 900	1 572 100	1 251 900
	Zusammen	20 530 700	+ 419 600	97 820 900	95 701 000
10					
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten					
10 01	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Bonn	297 000	— 27 000	19 537 400	18 294 400
10 02 *)	Allgemeine Bewilligungen	94 218 400	+ 7 227 000	—	—
10 03	Marktordnung	553 070 700	— 200 214 100	—	—
10 07	Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft in Frank- furt (Main)	2 800 900	— 1 375 800	5 921 300	5 707 100
10 08	Bundessortenamt in Rethmar	968 100	+ 800	1 883 400	1 651 000
10 10	Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Berlin und Braunschweig	963 200	+ 56 800	7 449 000	6 536 900
10 11	Bundesanstalt für Milchforschung in Kiel	346 000	+ 9 300	3 100 700	2 487 200
10 12	Bundesforschungsanstalt für Fischerei in Hamburg	394 700	— 30 800	3 956 400	3 647 300
10 13	Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft in Reinbek bei Hamburg	498 600	+ 128 200	3 343 300	2 604 700
10 14	Bundesforschungsanstalt für Kleintierzucht in Celle	124 700	+ 8 500	1 322 200	1 095 200
10 15	Bundesforschungsanstalt für Getreideverarbeitung in Berlin und Detmold	648 000	+ 100 000	2 119 700	1 850 300
10 16	Bundesanstalt für Fleischforschung in Kulmbach	300 000	— 70 000	1 167 000	955 000
10 17	Bundesforschungsanstalt für Lebensmittelfrischhaltung in Karlsruhe	111 500	— 43 100	2 384 400	1 617 700
10 18	Bundesanstalt für Qualitätsforschung pflanzlicher Er- zeugnisse in Geisenheim	30 800	—	604 700	516 400
10 19	Bundesanstalt für Tabakforschung in Forchheim	79 800	+ 7 800	1 005 300	939 600
10 20	Bundesanstalt für Hauswirtschaft in Stuttgart-Hohenheim	43 400	+ 200	612 100	576 200
10 21	Bundesanstalt für Vegetationskunde, Naturschutz und Landschaftspflege in Bad Godesberg	43 900	— 56 300	658 800	619 600
10 22	Bundesanstalt für Fettforschung in Münster/Westf.	53 300	— 21 300	304 200	281 700
10 23	Bundesforschungsanstalt für Rebenzüchtung Geilweilerhof in Siebeldingen	358 700	+ 358 700	1 357 500	—
10 24	Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere in Tübingen	85 000	— 13 700	2 430 600	2 265 200
10 25	Forschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig- Völkenrode	495 900	— 408 100	8 323 600	6 600 900
	Zusammen	655 932 600	— 194 363 200	67 481 600	58 394 100

Die mit *) gekennzeichneten Kapitel haben einen außerordentlichen Haushalt. (Sp. 16—28)

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.	
1967	1966	1967	1966	1967	1966	1967	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (-)		
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM		
7	8	9	10	11	12	13	14	15	
4 839 200	5 038 200	413 000	442 200	2 114 500	1 153 000	45 072 200	+	4 579 600	09 01
—	—	88 345 100	122 300 200	630 119 000	526 465 000	718 464 100	+	69 608 900	09 02
3 460 400	3 073 300	6 163 500	4 582 300	11 021 800	5 409 600	41 520 200	+	9 350 300	09 03
518 600	493 100	75 200	75 200	—	4 300	6 287 200	+	606 700	09 04
1 899 800	1 882 600	—	—	12 900	14 000	9 703 500	+	613 800	09 05
602 800	552 200	2 410 000	2 000 000	62 200	10 400	5 285 800	+	611 200	09 06
1 931 700	1 796 000	3 961 600	3 610 000	8 015 800	3 218 000	24 547 100	+	6 541 400	09 07
326 500	319 000	4 500	4 500	11 000	20 200	4 285 200	+	287 300	09 08
825 200	742 400	2 819 600	2 684 600	1 394 500	2 080 000	9 944 700	+	414 400	09 09
493 400	461 200	25 000	27 000	11 000	18 200	3 016 600	+	411 400	09 10
312 000	251 900	108 000	92 000	4 012 400	320 000	6 004 500	+	4 043 300	09 11
15 209 600	11 631 200	104 325 500	135 909 200	656 775 100	530 712 700	874 131 100	+	97 068 400	
2 031 900	1 895 800	5 665 700	4 763 300	2 939 700	4 037 100	30 174 700	+	1 184 100	10 01
—	—	2 611 432 600	3 355 351 300	452 075 000	801 298 000	3 063 507 600	—	1 093 141 700	10 02
—	—	903 859 200	480 854 600	16 090 000	2 462 000	919 949 200	+	436 632 400	10 03
4 419 700	2 015 000	20 000	20 000	14 900	12 300	10 375 900	+	2 621 500	10 07
211 800	266 500	1 210 800	1 196 900	4 700	8 300	3 310 700	+	188 000	10 08
1 154 000	1 080 300	1 448 700	1 354 600	3 512 200	466 000	13 563 900	+	4 124 100	10 10
620 000	498 700	1 002 900	840 800	2 150 000	1 369 300	6 873 600	+	1 677 600	10 11
786 300	1 016 200	898 500	946 100	1 790 700	1 500 000	7 431 900	+	322 300	10 12
499 800	441 800	597 900	601 400	3 950 000	267 000	8 391 000	+	4 476 100	10 13
286 900	305 100	293 900	317 200	2 380 000	980 000	4 283 000	+	1 582 500	10 14
357 100	469 300	996 400	892 500	2 707 100	1 001 300	6 180 300	+	1 936 800	10 15
171 700	151 800	415 400	477 200	—	—	1 754 100	+	138 500	10 16
365 600	332 900	523 100	531 300	2 657 000	2 730 000	5 930 100	+	698 200	10 17
99 600	116 500	94 900	78 100	163 000	307 900	962 200	—	56 700	10 18
210 700	209 200	166 900	159 100	—	6 400	1 382 900	+	68 600	10 19
83 500	113 300	83 800	78 000	—	—	779 400	+	11 900	10 20
157 000	201 000	188 400	230 700	—	10 500	1 004 200	—	64 200	10 21
48 900	42 900	109 000	155 200	—	—	462 100	—	20 700	10 22
274 400	—	534 200	—	—	—	2 166 100	+	2 166 100	10 23
682 400	748 600	442 900	468 200	1 226 200	320 000	4 782 100	+	980 100	10 24
1 257 600	2 309 700	1 115 800	1 518 000	4 942 600	3 400 800	15 619 000	+	1 629 600	10 25
13 630 300	12 390 200	3 531 101 000	3 950 351 000	496 603 100	620 187 600	4 108 834 000	+	632 814 900	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1967	gegenüber 1966	1967	1966
		DM	mehr (+) weniger (-) DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
11					
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung					
11 01	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	100 000	— 14 500	15 950 000	14 572 000
11 02	Allgemeine Bewilligungen	267 000	— 1 580 000	—	—
11 03	Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung in Wilhelmshaven	76 900	+ 25 300	2 452 100	2 457 400
11 04	Bundesinstitut für Arbeitsschutz in Koblenz	111 000	+ 106 000	715 700	562 200
11 05	Bundesarbeitsgericht in Kassel	102 000	— 14 400	2 051 100	1 915 500
11 06	Bundesversicherungsamt in Berlin	75 400	+ 47 500	3 035 900	2 826 000
11 07	Bundessozialgericht in Kassel	171 500	+ 1 500	4 024 800	4 077 900
11 08	Ziviler Ersatzdienst	4 877 700	+ 5 000	7 389 000	6 952 000
11 10	Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen	20 000	— 15 000	—	—
11 11	Arbeitslosenhilfe	10 670 000	— 280 300	—	—
11 13	Sozialversicherung	2 410 000	+ 660 000	—	—
	Zusammen	18 881 500	— 1 058 900	35 618 600	33 363 900
12					
Bundesminister für Verkehr					
12 01	Bundesministerium für Verkehr	124 200	— 23 400	28 203 200	25 612 100
12 02 *)	Allgemeine Bewilligungen	29 983 600	+ 2 617 500	—	—
12 03 *)	Bundeswasser- und Schifffahrtsverwaltung	119 909 100	+ 11 897 500	105 176 000	87 334 000
12 04	Staatswerft in Rendsburg-Saatsee	46 800	— 45 300	—	—
12 05	Bundesschleppbetrieb in Münster (Westf.)	—	— 1 500 000	—	—
12 06 *)	Bundesanstalt für Wasserbau in Karlsruhe	835 600	+ 214 600	2 651 600	1 864 000
12 07	Bundesanstalt für Gewässerkunde in Koblenz	179 700	+ 78 100	1 400 700	1 184 000
12 08	Bundesamt für Schiffvermessung in Hamburg	850 500	+ 99 000	836 200	719 000
12 09 *)	Deutsches Hydrographisches Institut in Hamburg	3 424 500	+ 352 360	12 505 900	11 046 300
12 10 *)	Bundesfernstraßen	33 311 200	+ 4 155 900	—	—
12 10 a)	Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden	—	—	—	—
12 11	Bundesanstalt für Straßenwesen in Köln	3 590 900	+ 873 600	2 535 500	1 811 600
12 12	Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg-Mürwik	21 960 400	+ 1 069 100	11 680 900	11 298 000
12 13	Oberprüfungsamt für die höheren technischen Verwal- tungsbeamten in Frankfurt (Main)	36 100	+ 2 000	180 700	152 300
12 14	Deutscher Wetterdienst in Offenbach (Main)	2 984 000	+ 220 000	38 728 100	34 908 500
12 15	Bundesanstalt für Flugsicherung in Frankfurt (Main) ...	1 695 500	— 4 653 800	41 075 100	37 264 500
12 16	Luftfahrt-Bundesamt in Braunschweig	411 600	+ 250 000	2 466 900	1 262 400
12 17 *)	Luftfahrt	5 267 500	— 5 661 500	—	—
	Zusammen	224 611 200	+ 10 000 600	247 440 800	212 436 700
13					
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen					
13 01	Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen ...	—	—	163 400	160 000
13 03	Bundesdruckerei	5 124 000	— 1 750 400	—	—
	Zusammen	5 124 000	— 1 750 400	163 400	160 000

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1967	1966	1967	1966	1967	1966	1967	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (-) DM	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
2 312 000	2 195 400	950 000	950 000	355 200	464 000	19 567 200	1 405 800	11 01
—	—	12 512 500	11 909 200	13 020 000	13 740 000	25 532 500	11 187 300	11 02
290 200	294 200	—	—	236 500	—	2 978 800	226 600	11 03
271 500	163 100	95 500	17 100	36 300	—	1 119 000	374 700	11 04
202 200	1 02 000	60 000	63 000	7 500	—	2 320 800	144 400	11 05
438 400	372 000	15 000	15 000	7 600	—	3 496 900	177 900	11 06
311 600	392 400	55 000	49 000	7 600	—	4 399 000	30 200	11 07
48 000	—	3 786 600	3 748 100	145 000	—	11 348 600	55 600	11 08
—	—	5 792 197 000	5 12 797 000	—	—	5 792 197 000	659 420 000	11 10
—	—	14 269 300	12 709 500	—	—	14 269 300	20 240 200	11 11
—	—	8 630 303 700	8 464 790 000	—	—	8 630 303 700	231 838 900	11 13
3 873 900	3 671 400	14 454 224 600	13 672 431 100	13 815 700	16 200 000	14 507 532 800	821 198 100	
4 732 900	5 305 200	—	—	97 100	1 000	33 033 200	2 685 900	12 01
36 676 700	33 842 700	1 693 594 400	2 026 283 200	41 656 500	56 231 500	1 698 574 200	1 250 066 600	12 02
13 575 800	12 936 500	213 135 500	197 765 500	30 841 500	129 212 000	362 728 800	55 559 900	12 03
—	—	—	—	384 800	480 100	384 800	45 300	12 04
444 700	433 500	216 000	182 000	166 800	—	3 479 100	998 700	12 06
164 000	151 900	281 000	231 500	395 900	216 500	2 241 600	407 700	12 07
135 800	52 600	2 500	3 500	—	—	974 500	199 400	12 08
1 114 700	1 021 900	3 007 100	2 573 500	2 655 100	355 000	19 282 800	4 286 100	12 09
—	—	3 350 000 000	3 400 000 000	—	—	3 350 000 000	50 000 000	12 10
—	—	660 000 000	—	—	—	660 000 000	660 000 000	12 10 a
606 000	229 900	444 700	360 900	4 700	413 800	3 590 900	873 600	12 11
3 679 800	3 541 200	5 917 800	5 672 800	483 800	271 000	21 762 300	979 300	12 12
65 300	37 800	117 000	111 000	—	—	363 000	61 900	12 13
2 963 500	2 559 500	8 676 000	7 776 300	3 428 700	5 613 600	53 796 300	2 858 000	12 14
4 689 600	4 034 800	35 120 000	28 388 000	38 651 400	31 588 900	119 536 100	20 259 900	12 15
464 800	194 100	71 000	286 000	15 000	—	3 017 700	1 275 200	12 16
—	—	42 999 900	55 344 500	—	3 104 000	42 999 900	15 448 600	12 17
4 039 800	5 347 700	6 013 582 900	6 626 971 600	118 781 300	218 427 600	6 375 765 200	676 824 700	
—	—	—	—	1 400 000	900 000	1 400 000	3 100	13 01
—	—	—	—	—	—	—	500 000	13 03
—	—	—	—	1 400 000	900 000	1 503 400	503 100	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1967	gegenüber 1966	1967	1966
		DM	mehr (+) weniger (-) DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
14					
Bundesminister der Verteidigung					
14 01	Bundesministerium der Verteidigung	—	—	173 707 000	162 061 100
14 02 *)	Allgemeine Bewilligungen	319 015 000	+ 77 555 000	100 000 000	—
14 03	Kommandobehörden, Truppen usw.	1 470 000	+ 1 000 000	2 935 240 000	2 590 070 000
14 04	Bundeswehrverwaltung usw.	—	—	1 936 992 000	1 780 120 000
14 05	Bildungswesen	45 000	+ 5 000	—	—
14 06	Militärseelsorge	—	—	13 072 200	11 670 000
14 07	Rechtspflege	—	—	2 390 400	2 031 000
14 08	Sanitätswesen	1 323 000	+ 51 000	—	—
14 0	Verpflegung	240 000	—	—	—
14 11	Bekleidung	2 825 000	+ 125 000	—	—
14 12 *)	Unterbringung	82 330 000	+ 9 930 200	—	—
14 13	Pionierwesen	—	—	—	—
14 14	Fernmeldewesen	890 000	+ 500 000	—	—
14 15	Feldzeugwesen	—	—	—	—
14 16	ABC-Schutzmaterial	—	—	—	—
14 17	Quartiermeisterwesen	30 000	—	—	—
14 18	Schiffe und Marinegerät	—	—	—	—
14 19	Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät	2 701 200	+ 147 700	—	—
14 21	Wehrtechnik und Beschaffung	—	—	250 240 000	250 000 000
14 23	Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldaten	—	—	915 100 000	910 000 000
	Zusammen	410 869 200	+ 83 015 500	6 126 741 600	5 820 500 000
15					
Bundesminister für Gesundheitswesen					
15 01	Bundesministerium für Gesundheitswesen	13 200	+ 5 000	8 069 700	6 900 000
15 02 *)	Allgemeine Bewilligungen	3 138 600	+ 200 000	—	—
15 03	Bundesgesundheitsamt in Berlin	1 481 100	+ 3 500	12 820 700	11 011 200
15 04	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	454 600	+ 454 000	1 410 900	—
	Zusammen	5 087 500	+ 1 012 500	22 301 300	17 955 000
19					
Bundesverfassungsgericht					
19 01	Bundesverfassungsgericht	29 500	+ 10 000	3 097 600	2 900 000
20					
Bundesrechnungshof					
20 01	Bundesrechnungshof	17 600	+ 1 000	12 354 700	12 000 000
23					
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit					
23 01	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit ..	46 000	+ 11 000	7 375 500	6 900 000
23 02 *)	Allgemeine Bewilligungen	143 928 100	+ 21 710 000	—	—
	Zusammen	143 974 100	+ 21 721 000	7 375 500	6 900 000

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1967	1966	1967	1966	1967	1966	1967	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (-)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
19 328 500	19 411 000	5 923 000	6 635 900	198 500	221 000	199 157 000	+ 70 869 900	14 01
405 068 000	513 309 900	1 408 794 800	1 055 619 300	630 000 000	—	2 343 862 800	+ 774 436 600	14 02 *)
90 350 000	73 450 000	174 895 000	154 310 000	6 800 000	8 340 000	3 207 285 000	+ 399 785 000	14 03
47 471 500	41 750 000	19 530 000	18 150 000	7 216 000	6 847 000	2 011 209 500	+ 164 342 500	14 04
—	—	27 050 000	29 964 600	1 110 000	1 539 000	28 160 000	+ 3 334 600	14 05
1 321 400	1 437 400	1 614 000	1 684 000	748 100	846 800	16 755 700	+ 1 107 500	14 06
172 000	133 500	77 000	60 000	—	11 500	2 639 400	+ 226 400	14 07
—	—	114 880 000	116 130 000	59 000 000	66 500 000	173 880 000	+ 8 760 000	14 08
—	—	288 185 000	296 050 000	—	800 000	288 185 000	+ 8 665 000	14 10
—	—	195 910 000	138 070 000	40 600 000	53 000 000	236 510 000	+ 45 440 000	14 11
770 110 000	741 550 000	202 950 000	162 580 000	204 950 000	2 309 421 000	1 178 010 000	+ 1 812 381 000	14 12 *)
—	—	21 000 000	19 000 000	65 000 000	70 000 000	86 000 000	+ 3 000 000	14 13
94 000 000	82 000 000	110 000 000	100 000 000	445 000 000	393 000 000	649 000 000	+ 74 000 000	14 14
—	—	963 566 600	981 540 000	1 910 000 000	1 897 200 000	2 873 566 600	+ 5 173 400	14 15
—	—	6 750 000	6 500 000	33 000 000	29 000 000	39 750 000	+ 4 250 000	14 16
—	—	177 160 000	191 640 000	60 000 000	35 000 000	237 160 000	+ 10 520 000	14 17
—	—	138 180 000	121 123 000	493 000 000	475 200 000	631 180 000	+ 34 857 000	14 18
—	—	772 500 000	756 500 000	998 100 000	907 600 000	1 770 600 000	+ 104 500 000	14 19
11 090 000	9 854 000	24 110 000	26 580 000	31 391 000	28 181 200	316 831 000	+ 31 644 800	14 21
—	—	31 108 000	38 109 000	—	—	946 208 000	+ 1 950 000	14 23
1 438 911 400	1 490 429 300	4 684 183 400	4 097 123 900	4 986 113 600	6 282 703 500	17 235 950 000	+ 127 284 300	
1 638 600	1 591 300	—	—	22 000	36 400	9 730 300	+ 1 254 700	15 01
—	—	36 344 300	54 837 800	2 234 000	2 691 000	38 578 300	+ 18 950 500	15 02 *)
2 559 300	2 037 400	4 320 300	4 000 600	2 886 700	2 538 500	22 587 000	+ 2 901 600	15 03
329 500	—	232 600	—	34 000	—	2 007 000	+ 2 007 000	15 04
4 527 400	3 629 700	40 897 200	58 838 600	5 176 700	5 265 900	72 902 600	+ 12 787 200	
446 100	436 100	4 000	4 000	5 016 000	2 014 200	8 563 700	+ 3 131 400	19 01
1 832 700	1 363 300	100 000	80 000	—	18 400	14 287 400	+ 27 800	20 01
1 526 500	1 585 200	—	—	256 300	205 000	9 158 300	+ 1 344 200	23 01
—	—	481 339 100	988 845 400	—	119 600 000	481 339 100	+ 627 106 300	23 02 *)
1 526 500	1 585 200	481 339 100	988 845 400	256 300	119 805 000	490 497 400	+ 625 762 100	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1967	gegenüber 1966	1967	1966
			mehr (+) weniger (-)		
1	2	DM	DM	DM	DM
3	4	5	6	7	8
24					
Bundesschatzminister					
24 01	Bundesschatzministerium	182 000	- 50 900	8 817 400	8 379 500
24 02	Allgemeine Bewilligungen	75 827 300	- 5 057 300	—	—
24 03	Bundesvermögens- und Bauverwaltung	260 320 200	- 10 328 500	—	—
24 04	Bundesbaudirektion	1 271 200	- 209 500	7 721 700	8 229 400
	Zusammen	337 600 700	- 15 736 200	16 569 100	15 608 900
25					
Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau					
25 01	Bundesministerium für Wohnungswesen und Städtebau ..	36 600	+ 7 300	7 492 400	7 163 300
25 02	Allgemeine Bewilligungen	233 445 300	+ 4 104 100	—	—
	Zusammen	233 481 900	+ 4 111 400	7 492 400	7 163 300
26					
Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte					
26 01	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	6 400	- 300	4 918 260	4 317 300
26 02	Allgemeine Bewilligungen	12 360 000	- 13 910 000	—	—
26 03	Dienststellen des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Berlin und Gießen und des Beauftragten der Bundesregierung für die Verteilung im Grenzdurchgangslager Friedland	1 300	—	2 046 600	2 229 700
26 05	Bundesausgleichsamt in Bad Homburg v. d. H.	5 500	- 1 200	3 690 200	3 600 000
	Zusammen	12 372 900	- 13 908 400	10 685 100	10 147 000
27					
Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen					
27 01	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen	70 400	- 122 400	6 808 200	6 999 200
27 02	Allgemeine Bewilligungen	190 200	- 61 300	—	—
	Zusammen	260 600	- 61 100	6 808 200	6 999 200
28					
Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder					
28 01	Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	3 000	+ 300	1 197 700	1 197 700
29					
Bundesminister für Familie und Jugend					
29 01	Bundesministerium für Familie und Jugend	5 300	- 3 200	3 354 800	3 354 800
29 02	Allgemeine Bewilligungen	2 730 000	- 670 000	—	—
29 03	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften in Bad Godesberg	1 000	+ 1 000	137 900	—
	Zusammen	2 736 300	- 675 800	3 492 700	3 354 800

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1967	1966	1967	1966	1967	1966	1967	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (-) DM	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
1 279 800	1 277 100	—	—	4 032 900	276 500	14 160 100	+ 4 177 000	24 01
—	—	312 500	302 500	—	60 500 000	312 500	- 60 550 000	24 02 1)
49 200 000	52 000 000	99 023 000	94 590 100	38 269 000	31 991 500	186 491 000	+ 4 809 600	24 03 1)
12 672 700	11 679 000	60 000	60 000	20 500	213 500	20 474 900	- 661 100	24 04
63 152 500	67 017 200	99 395 500	95 012 600	42 321 400	95 981 300	221 438 500	- 52 224 500	
913 400	926 500	145 000	150 000	26 700	471 500	8 577 500	- 141 800	25 01
—	—	1 170 211 300	1 502 197 100	30 486 800	72 340 000	1 200 698 100	- 373 749 000	25 02 1)
913 400	926 500	1 170 356 300	1 502 257 100	30 513 500	72 819 500	1 209 275 600	- 373 890 300	
501 600	507 700	—	—	26 300	21 200	5 476 100	- 400	26 01
—	—	113 122 300	255 751 800	—	350 000	113 122 300	- 142 979 500	26 02
281 700	293 200	4 000	5 000	20 000	—	2 352 300	- 173 800	26 03
421 500	396 500	11 000	17 000	11 200	—	4 134 000	+ 60 400	26 05
1 204 800	1 197 400	113 137 300	255 773 800	57 500	371 200	125 084 700	- 143 093 300	
1 924 000	1 556 100	500	500	646 800	38 000	9 379 500	+ 1 274 200	27 01
—	—	226 789 000	234 490 100	1 117 800	969 000	227 906 800	- 7 543 200	27 02
1 924 000	1 556 100	226 789 500	234 490 500	1 764 600	998 900	237 286 300	- 6 269 000	
156 500	185 600	—	—	16 200	—	1 360 400	+ 113 700	28 01
953 600	908 500	—	—	14 300	24 300	4 322 700	+ 199 500	29 01
—	—	2 924 720 000	3 089 095 000	—	—	2 924 720 000	- 161 375 000	29 02 1)
36 800	—	19 000	—	—	—	193 700	+ 193 700	29 03
990 400	966 500	2 924 739 000	3 089 095 000	14 300	24 300	2 929 236 400	- 163 981 800	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1967	gegenüber 1966	1967	1966
		DM	mehr (+) weniger (-) DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
31					
Bundesminister für wissenschaftliche Forschung					
31 01	Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung	42 000	— 900	9 462 200	8 721 300
31 02	Bewilligungen für die allgemeine wissenschaftliche Forschung	90 000	— 20 000	—	—
31 03	Bewilligungen für die Atomkernenergieforschung und -nutzung	1 181 200	— 986 500	—	—
31 04	Bewilligungen für die Weltraumforschung	20 000	— 5 980 000	—	—
31 05	Deutsches Historisches Institut in Paris	300	—	440 800	292 700
31 06	Deutsches Historisches Institut in Rom	2 500	+ 2 500	804 100	— *
	Zusammen	1 336 000	— 5 011 900	10 707 100	9 014 000
	* Im R. 1966 bei Kap. 06 30 veranschlagt				
32					
Bundesschuld					
32 03	Bundesschuldenverwaltung	1 968 100	+ 100 500	8 883 900	8 956 300
32 05	Verzinsung und Tilgung	—	—	—	—
32 07	Zum Ankauf von Schuldurkunden des Bundes	—	—	—	—
32 08	Inanspruchnahme aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen	—	—	—	—
32 09	Schulden des Bundes, die nicht der Bundesschuldenverwaltung unterliegen	1 157 700	+ 7 600	—	—
	Zusammen	3 125 800	+ 108 100	8 883 900	8 956 300
33					
Versorgung					
33 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
33 03	Versorgung der Beamten und Richter des Bundes	200 000	—	275 242 000	211 070 300
33 04	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr	10 000	— 20 000	351 342 400	460 264 000
33 06	Versorgungsausgaben, die durch das Zweite Überleitungsgesetz vom 21. August 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 774) vom Bund übernommen worden sind	100 000	—	78 030 000	31 070 000
33 07	Versorgung von verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienststellen sowie ihrer Hinterbliebenen	17 700 000	+ 700 000	1 802 994 000	1 075 344 000
33 08	Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen	16 000 000	+ 2 500 000	940 890 000	8 334 000
	Zusammen	34 010 000	+ 3 180 000	3 448 498 400	1 015 255 000

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1967	1966	1967	1966	1967	1966	1967	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (-) DM	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
2 859 400	2 273 500	736 000	705 000	1 016 500	17 000	14 074 100	+ 2 320 800	31 01
—	—	803 278 000	620 079 190	—	262 589	803 278 000	+ 182 936 400	31 02
—	—	262 167 300	209 926 600	308 623 000	269 123 100	570 790 300	+ 91 740 600	31 03
—	—	232 188 000	205 026 000	53 785 000	22 000 000	285 973 000	+ 57 897 000	31 04
118 200	74 000	74 000	74 000	—	—	633 000	+ 91 500	31 05
220 500	—	151 700	—	25 000	—	1 201 300	+ 1 201 300	31 06
3 198 100	2 353 300	1 298 595 000	1 036 061 700	363 449 500	291 142 000	1 675 949 700	+ 336 187 600	
2 111 900	2 026 900	59 465 700	17 792 000	—	—	70 461 500	+ 41 686 100	32 03
—	—	3 836 087 700	2 692 231 700	—	—	3 836 087 700	+ 1 173 856 000	32 05
—	—	150 000 000	—	—	—	150 000 000	— 150 000 000	32 07
—	—	150 000 000	80 000 000	—	—	150 000 000	— 70 000 000	32 08
—	—	298 330 900	160 159 300	—	—	298 330 900	+ 138 171 600	32 09
2 111 900	2 026 900	3 893 884 300	2 760 183 000	—	—	3 904 880 100	+ 1 133 713 700	
— 351 342 400	— 460 261 000	—	—	—	—	351 342 400	+ 108 918 600	33 02
—	—	—	—	—	—	275 242 000	+ 33 572 000	33 03
—	—	—	—	—	—	351 342 400	— 108 918 600	33 04
—	—	—	—	—	—	78 030 000	— 3 620 000	33 06
—	—	—	—	—	—	1 802 994 000	+ 109 660 000	33 07
—	—	—	—	—	—	940 890 000	+ 102 550 000	33 08
— 351 342 400	— 460 261 000	—	—	—	—	3 097 156 000	+ 242 162 000	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen		Personalausgaben	
		1967	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (-)	1967	1966
1	2	3	4	5	6
	35				
	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte				
35 02	Besatzungskosten in Berlin	2 500 000	— 200 000	—	—
35 03	Auftragsausgaben Klasse I in Berlin	1 000	— 9 000	—	—
35 04	Auftragsausgaben Klasse II in Berlin	200 000	— 20 000	—	—
35 06	Auftragsausgaben im Bundesgebiet (ohne Berlin)	—	—	—	—
35 11 a*)	Verteidigungsaufwand, der im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte im Bundesgebiet (ohne Berlin) entsteht	38 320 000	— 14 130 000	—	—
35 11 b*)	Besatzungsfolgekosten in Berlin	209 400	+ 121 000	—	—
	Zusammen	41 230 400	— 14 317 900	—	—
	36				
	Zivile Verteidigung				
36 04	Maßnahmen der zivilen Verteidigung im Aufgabenbereich des Bundesministers des Innern	1 580 000	+ 135 000	—	—
36 05	Maßnahmen der zivilen Verteidigung im Aufgabenbereich des Bundesministers für Wirtschaft	—	—	—	—
36 06	Maßnahmen der zivilen Verteidigung auf dem Gebiet der Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	20 000	+ 10 000	—	—
36 07	Maßnahmen der zivilen Verteidigung auf dem Gebiet des Verkehrs	45 000	+ 5 000	—	—
36 08	Maßnahmen zur Sicherung der Nachrichtenverbindungen	—	—	—	—
36 09	Forschung, Entwicklung und Erprobung auf dem Gebiet des baulichen Zivilschutzes	47 300	+ 2 600	—	—
36 10	Maßnahmen der zivilen Verteidigung auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft	100	—	—	—
	Zusammen	1 692 400	+ 152 600	—	—
	60				
	Allgemeine Finanzverwaltung				
60 01	Steuern und Abgaben				
	Besitz- und Verkehrsteuern	26 580 000 000	— 80 000 000		
	Einkommen- und Körperschaftsteuern	16 576 000 000	— 1 247 000 000		
	Zölle und Verbrauchsteuern	21 339 000 000	+ 2 132 000 000		
	Abgaben	10 300 000	— 4 700 000		
	Lastenausgleich	1 500 000 000	— 165 000 000		
	Zusammen	66 005 300 000	+ 635 300 000	—	—
60 02*)	Allgemeine Bewilligungen	528 877 700	— 31 022 000	11 100 000	10 000 000
60 04*)	Sonderleistungen des Bundes	14 015 000	+ 3 651 000	6 000 000	2 900 000
60 05*)	Leistungen des Bundes für Berlin	—	—	—	—
60 06*)	Angelegenheiten der europäischen wirtschaftlichen Zusammenschlüsse	36 708 500	— 8 594 100	—	—
	Zusammen	66 584 901 200	+ 599 334 900	17 100 000	4 000 000

Die mit *) gekennzeichneten Kapitel haben einen außerordentlichen Haushalt. (Sp. 16-24)

Ordentlicher Haushalt

Gesamtplan

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1967	1966	1967	1966	1967	1966	1967	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (-)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
—	—	218 924 100	171 116 000	—	—	248 924 100	11 129 500	60 02
—	—	650 000	3 651 900	—	—	650 000	3 001 000	60 03
—	—	53 064 800	47 375 900	—	—	53 064 800	5 688 900	60 04
—	—	500 000	500 000	—	—	500 000	—	60 05
—	—	61 051 000	61 601 000	47 350 000	165 550 000	108 401 000	118 750 000	60 06
—	—	14 339 000	14 541 000	160 000	8 250 000	14 499 000	7 292 000	60 07
—	—	378 528 960	61 164 500	47 510 000	173 800 000	426 038 900	168 921 600	
—	—	84 764 000	74 000 000	134 049 900	165 450 000	218 813 900	41 246 100	60 08
—	—	3 389 600	4 915 000	2 724 500	2 721 000	6 114 100	623 400	60 09
—	—	45 880 300	50 315 000	10 000	—	45 890 300	4 24 700	60 10
—	—	1 659 000	4 800 000	51 260 900	51 500 000	52 919 900	6 150 700	60 11
—	—	430 000	400 000	42 967 700	51 031 000	43 397 700	11 067 000	60 12
—	—	2 181 600	2 175 000	332 000	150 000	2 513 600	341 400	60 13
—	—	—	—	2 894 100	2 565 000	2 894 100	129 100	60 14
—	—	138 304 500	137 021 500	234 239 100	2 96 047 000	372 543 600	61 354 500	
—	—	—	—	—	—	—	—	60 15
4 623 000	3 918 000	395 255 000	74 620 000	599 471 600	356 070 000	1 010 449 600	1 201 381 400	60 16
—	—	4 079 122 000	1 270 551 000	4 200 000	47 970 000	4 089 322 000	202 133 600	60 17
—	—	2 054 100 000	2 355 000 000	—	—	2 054 100 000	300 900 000	60 18
—	—	430 674 500	305 240 000	—	1 510 000	430 674 500	62 724 700	60 19
4 623 000	3 918 000	6 959 151 500	6 309 205 000	603 671 600	406 350 000	7 584 546 100	761 072 500	

Gesamtplan

Außerordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Außerordentliche Einnahmen		Außerordentliche Ausgaben	
		1967 DM	gegenüber 1966	1967 DM	gegenüber 1966
			mehr (+) weniger (-)		mehr (+) weniger (-)
1	2	3	4	5	6
	06				
	Bundesminister des Innern				
A 06 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	13 500 000	+ 13 500 000
A 06 25	Bundsgrenzschutz	—	—	9 000 000	+ 9 000 000
übrige Kapitel	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	22 500 000	+ 22 500 000
	09				
	Bundesminister für Wirtschaft				
A 09 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	85 000 000	+ 85 000 000
übrige Kapitel	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	85 000 000	+ 85 000 000
	10				
	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
A 10 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	540 000 000	+ 540 000 000
übrige Kapitel	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	540 000 000	+ 540 000 000

Gesamtabschluß

Gesamtplan

Gesamteinnahmen			Gesamtausgaben			Kap.
1967	1966	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (-)	1967	1966	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (-)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13
17 901 400	12 769 400	+ 5 141 000	336 652 100	341 909 200	- 5 257 800	06 02 u. A 06 02
2 907 500	2 929 400	- 21 900	319 436 000	318 507 400	+ 928 600	06 25 u. A 06 25
76 568 100	64 012 300	+ 12 555 800	993 783 900	968 942 600	+ 24 851 100	übrige Kapitel
97 377 000	79 702 600	+ 17 674 400	1 649 872 000	1 652 359 100	- 2 478 100	
425 900	4 2 900	- - 56 100	803 464 100	648 343 200	+ 154 608 900	09 02 u. A 09 02
20 104 800	19 624 300	+ 475 700	155 667 000	128 297 500	+ 27 459 500	übrige Kapitel
20 530 700	20 111 100	+ 419 600	959 131 100	777 062 700	+ 182 068 400	
94 218 400	86 981 400	+ 7 227 000	3 603 507 600	4 156 649 300	- 553 141 700	10 02 u. A 10 02
561 714 200	764 302 300	- 201 590 200	1 045 376 400	563 079 600	+ 460 296 800	übrige Kapitel
655 932 600	890 293 800	- 194 363 200	4 648 881 000	1 711 728 900	- 2 937 152 900	

Gesamtplan

Außerordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Außerordentliche Einnahmen		Außerordentliche Ausgaben	
		1967	gegenüber 1966	1967	gegenüber 1966
		DM	mehr (+) weniger (-) DM	DM	mehr (+) weniger (-) DM
1	2	3	4	5	6
12					
Bundesminister für Verkehr					
A 12 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	1 705 800 000	1 705 800 000
A 12 03	Bundeswasser- und Schifffahrtsverwaltung	—	—	148 439 700	148 439 700
A 12 06	Bundesanstalt für Wasserbau in Karlsruhe	—	—	1 000 000	1 000 000
A 12 09	Deutsches Hydrographisches Institut in Hamburg	—	—	4 000 000	4 000 000
A 12 10	Bundesfernstraßen	—	—	534 000 000	534 000 000
A 12 17	Luftfahrt	—	—	12 113 000	12 113 000
übrige Kapitel	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	2 405 352 700	2 405 352 700
14					
Bundesminister der Verteidigung					
A 14 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	500 000 000	500 000 000
A 14 12	Unterbringung	—	—	1 857 300 000	1 857 300 000
übrige Kapitel	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	2 357 300 000	2 357 300 000
15					
Bundesminister für Gesundheitswesen					
A 15 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	24 000 000	24 000 000
übrige Kapitel	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	24 000 000	24 000 000
23					
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit					
A 23 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	1 166 200 000	1 166 200 000
übrige Kapitel	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	1 166 200 000	1 166 200 000
24					
Bundesschatzminister					
A 24 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	66 335 000	66 335 000
A 24 03	Bundesvermögens- und Bauverwaltung	—	—	2 500 000	2 500 000
übrige Kapitel	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	68 835 000	68 835 000

Gesamtabschluss

Gesamtplan

Gesamteinnahmen			Gesamtausgaben			Kap.
1967	1966	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (-)	1967	1966	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (-)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13
29 983 600	27 366 100	+ 2 617 500	3 404 374 200	2 948 640 800	+ 455 733 400	12 02 u. A 12 02
119 909 100	108 011 600	+ 11 897 500	511 168 500	418 288 700	+ 92 879 800	12 03 u. A 12 03
835 600	621 000	+ 214 600	4 479 100	2 481 400	+ 1 998 700	12 06 u. A 12 06
3 424 500	3 072 200	+ 352 300	23 282 800	14 996 700	+ 8 286 100	12 09 u. A 12 09
33 311 200	29 155 300	+ 4 155 900	3 884 000 000	3 400 000 000	+ 484 000 000	12 10 u. A 12 10
5 267 500	10 869 000	- 5 601 500	55 112 900	58 448 500	- 3 335 600	12 17 u. A 12 17
31 879 700	35 515 400	- 3 635 700	898 700 400	209 734 800	+ 688 965 600	übrige Kapitel
224 611 200	214 610 600	+ 10 000 600	8 781 117 900	7 652 589 900	+ 1 128 528 000	
319 015 000	241 460 000	+ 77 555 000	2 843 862 800	2 569 426 200	+ 274 436 600	14 02 u. A 14 02
82 330 000	72 359 600	+ 9 970 400	3 035 310 000	2 999 391 000	+ 35 919 000	14 12 u. A 14 12
9 524 200	8 900 500	+ 623 700	13 714 077 200	12 803 417 100	+ 910 660 100	übrige Kapitel
410 869 200	322 350 700	+ 88 518 500	19 593 250 000	18 363 234 300	+ 1 230 015 700	
3 138 600	2 800 000	+ 338 600	62 578 300	57 528 800	+ 5 049 500	15 02 u. A 15 02
1 948 900	1 481 800	+ 467 100	34 324 300	28 161 000	+ 6 163 300	übrige Kapitel
5 087 500	4 285 800	+ 801 700	96 902 600	85 689 800	+ 11 212 800	
143 928 100	167 658 000	- 23 729 900	1 647 539 100	1 541 415 400	+ 106 123 700	23 02 u. A 23 02
46 800	37 600	+ 9 200	9 159 000	7 814 100	+ 1 344 900	23 01
143 974 900	167 695 600	- 23 720 700	1 656 698 100	1 549 229 500	+ 107 468 600	
75 827 300	50 531 100	+ 25 296 200	66 617 500	61 112 800	+ 5 504 700	24 02 u. A 24 02
2 9 250 300	2 3 000 000	+ 6 250 300	122 091 000	115 800 000	+ 6 291 000	24 03 u. A 24 03
1 171 000	1 100 000	+ 71 000	21 6 00 000	20 000 000	+ 1 600 000	übrige Kapitel
337 630 700	281 100 000	+ 56 530 700	290 273 500	250 000 000	+ 40 273 500	

Gesamtplan

Außerordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Außerordentliche Einnahmen		Außerordentliche Ausgaben	
		1967 DM	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (-) DM	1967 DM	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (-) DM
1	2	3	4	5	6
	25				
	Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau				
A 25 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	352 137 000	+ 352 137 000
übrige	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen	—	—	—	—
Kapitel	Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	352 137 000	+ 352 137 000
	29				
	Bundesminister für Familie und Jugend				
A 29 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	20 000 000	+ 20 000 000
übrige	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen	—	—	—	—
Kapitel	Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	20 000 000	+ 20 000 000
	32				
	Bundesschuld				
A 32 01	Einnahmen aus Anleihen	8 053 224 700	+ 6 617 224 700	—	—
übrige	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen	—	—	—	—
Kapitel	Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	8 053 224 700	+ 6 617 224 700	—	—
	35				
	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte				
A 35 11 a	Verteidigungsaufwand, der im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte im Bundesgebiet (ohne Berlin) entsteht	—	—	126 500 000	+ 126 500 000
A 35 11 b	Besatzungsfolgekosten in Berlin	—	—	9 000 000	+ 9 000 000
übrige	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen	—	—	—	—
Kapitel	Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	135 500 000	+ 135 500 000
	60				
	Allgemeine Finanzverwaltung				
A 60 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	83 000 000	+ 83 000 000
A 60 04	Sonderleistungen des Bundes	—	—	435 000 000	+ 435 000 000
A 60 05	Leistungen des Bundes für Berlin	—	—	303 400 000	+ 303 400 000
A 60 06	Überstaatliche Zusammenschlüsse und gewisse zwischenstaatliche Organisationen von erheblicher finanzieller Bedeutung	—	—	—	—
übrige	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen	—	—	—	—
Kapitel	Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	876 400 000	+ 876 400 000

Gesamtabschluss

Gesamtplan

Gesamteinnahmen			Gesamtausgaben			Kap.
1967	1966	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (-)	1967	1966	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (-)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13
233 445 300	229 311 200	+ 4 104 100	1 552 835 100	1 574 447 100	- 21 612 000	2502 u. A 2502
36 600	29 700	+ 7 300	8 577 500	8 719 300	- 141 800	übrige Kapitel
233 481 900	229 340 900	+ 4 111 400	1 561 412 600	1 583 166 400	- 21 753 800	
2 730 000	3 133 800	- 670 600	2 944 720 000	3 029 945 000	- 144 375 000	2902 u. A 2902
6 300	2 100	+ 4 200	4 516 400	4 123 200	+ 393 200	übrige Kapitel
2 736 300	3 135 900	- 665 800	2 949 236 400	3 093 218 200	- 143 981 800	
8 053 224 700	1 136 000 900	+ 6 617 224 700	—	—	—	3201 u. A 3201
3 125 800	3 017 500	+ 108 100	3 904 880 100	2 771 166 400	+ 1 133 713 700	übrige Kapitel
8 056 350 500	1 139 017 700	+ 6 617 332 800	3 904 880 100	2 771 166 400	+ 1 133 713 700	
38 320 000	52 700 000	- 14 180 000	234 901 000	227 151 000	+ 7 750 000	35 11a u. A 35 11a
209 400	38 300	+ 121 100	23 499 000	21 791 000	+ 1 708 000	35 11b u. A 35 11b
2 701 000	2 066 000	+ 259 000	303 138 900	286 021 500	+ 17 117 400	übrige Kapitel
41 230 400	55 518 300	- 14 317 900	561 538 900	531 963 500	+ 26 575 400	
528 877 700	549 800 700	- 31 022 000	1 098 449 600	- 190 931 800	+ 1 289 381 400	6002 u. A 6002
14 015 000	19 361 900	- 3 651 000	4 574 322 000	4 291 455 600	+ 282 866 400	6004 u. A 6004
—	—	—	2 357 500 000	2 355 000 000	+ 2 500 000	6005 u. A 6005
36 708 500	45 512 600	- 8 594 100	430 674 500	367 019 800	+ 62 724 700	6006 u. A 6006
66 005 300 000	65 370 000 000	+ 635 300 000	—	—	—	übrige Kapitel
66 584 901 200	65 985 366 300	+ 599 334 900	8 460 946 100	6 823 473 600	+ 1 637 472 500	

Gesamtplan

Einnahmen

Epl.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen	
		1967 DM	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (-) DM
1	2	3	4
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	15 800	-- 1 600
02	Deutscher Bundestag	659 200	+ 24 200
03	Bundesrat	25 000	÷ 800
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	523 800	- 52 300
05	Auswärtiges Amt	10 313 600	+ 4 241 600
06	Bundesminister des Innern	97 377 000	+ 17 674 400
07	Bundesminister der Justiz	76 164 000	+ 2 507 200
08	Bundesminister der Finanzen	38 258 100	- 347 400
09	Bundesminister für Wirtschaft	20 530 700	+ 419 600
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	655 932 600	- 194 363 200
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	18 881 500	- 1 058 900
12	Bundesminister für Verkehr	224 611 200	+ 10 000 600
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	5 124 000	-- 1 756 400
14	Bundesminister der Verteidigung	410 869 200	+ 88 018 500
15	Bundesminister für Gesundheitswesen	5 087 500	+ 801 700
19	Bundesverfassungsgericht	29 500	+ 10 500
20	Bundesrechnungshof	17 600	- 1 900
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	143 974 100	- 23 718 600
24	Bundesschatzminister	337 600 700	+ 15 736 200
25	Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau	233 481 900	+ 4 111 400
26	Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegs- geschädigte	12 372 900	- 13 908 400
27	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen	260 600	- 61 100
28	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	3 000	+ 300
29	Bundesminister für Familie und Jugend	2 736 300	- 665 800
30	Bundesminister für die Angelegenheiten des Bundesver- teidigungsrates	—	- 4 400
31	Bundesminister für wissenschaftliche Forschung	1 336 000	- 5 011 900
32	Bundesschuld	3 125 800	+ 108 100
33	Versorgung	34 010 000	+ 3 180 000
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufent- halt ausländischer Streitkräfte	41 230 400	- 14 317 900
36	Zivile Verteidigung	1 692 400	+ 152 600
60	Allgemeine Finanzverwaltung	66 584 901 200	+ 599 334 900
	Insgesamt	68 961 145 600	+ 491 052 800

Gesamtplan

Außerordentliche Einnahmen		Gesamteinnahmen			Epl. 10
1967 DM 5	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (-) DM 6	1967 DM 7	1966 DM 8	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (-) DM 9	
—	—	15 800	17 400	— 1 600	01
—	—	659 200	635 000	+ 24 200	02
—	—	25 000	24 200	+ 800	03
—	—	523 800	576 100	— 52 300	04
—	—	10 313 600	6 072 000	+ 4 241 600	05
—	—	97 377 000	79 702 600	+ 17 674 400	06
—	—	76 164 000	73 656 800	+ 2 507 200	07
—	—	38 258 100	38 605 500	-- 347 400	08
—	—	20 530 700	20 111 100	+ 419 600	09
—	—	655 932 600	850 295 800	— 194 363 200	10
—	—	18 881 500	19 940 400	— 1 058 900	11
—	—	224 611 200	214 610 600	+ 10 000 600	12
—	—	5 124 000	6 880 400	— 1 756 400	13
—	—	410 869 200	322 850 700	+ 88 018 500	14
—	—	5 087 500	4 285 800	+ 801 700	15
—	—	29 500	19 000	+ 10 500	19
—	—	17 600	19 500	— 1 900	20
—	—	143 974 100	167 692 700	— 23 718 600	23
—	—	337 600 700	321 864 500	+ 15 736 200	24
—	—	233 481 900	229 370 500	+ 4 111 400	25
—	—	12 372 900	26 281 300	-- 13 908 400	26
—	—	260 600	321 700	— 61 100	27
—	—	3 000	2 700	+ 300	28
—	—	2 736 300	3 402 100	-- 665 800	29
—	—	—	4 400	-- 4 400	30
—	—	1 336 000	6 347 900	-- 5 011 900	31
8 053 224 700	+ 6 617 224 700	8 056 350 500	1 439 017 700	+ 6 617 332 800	32
—	—	34 010 000	30 830 000	+ 3 180 000	33
—	—	41 230 400	55 548 300	-- 14 317 900	35
—	—	1 692 400	1 539 800	+ 152 600	36
—	—	66 584 901 200	65 985 566 300	+ 599 334 900	60
8 053 224 700	+ 6 617 224 700	77 014 370 300	69 906 072 800	+ 7 108 277 500	

Gesamtplan

Ausgaben

Epl.	Bezeichnung	Personalausgaben		Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben	
		1967	1966	1967	1966	1967	1966
		DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	2 136 000	2 061 800	1 209 300	1 181 300	2 773 500	3 055 000
02	Deutscher Bundestag	14 602 600	14 845 000	7 887 000	6 964 500	33 607 800	34 334 400
03	Bundesrat	1 826 200	1 708 800	724 300	664 400	434 000	424 000
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	18 785 900	17 493 100	2 653 600	3 471 400	154 765 000	150 467 100
05	Auswärtiges Amt	212 409 200	191 892 700	61 739 000	58 508 100	287 194 300	277 473 800
06	Bundesminister des Innern	336 902 000	321 716 400	40 653 900	40 007 700	1 033 500 600	1 031 978 600
07	Bundesminister der Justiz	72 420 400	67 537 800	8 831 100	8 570 200	8 930 300	8 139 400
08	Bundesminister der Finanzen	638 986 900	599 936 500	171 065 700	160 287 200	9 381 200	12 778 500
09	Bundesminister für Wirtschaft	97 820 900	87 786 600	15 209 600	14 654 200	104 325 500	135 909 200
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	67 481 600	58 394 100	13 698 300	12 305 300	3 531 101 000	3 850 841 600
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	35 618 600	33 363 900	3 873 900	3 670 400	14 454 224 600	13 632 531 400
12	Bundesminister für Verkehr	247 440 800	212 536 700	4 039 800	5 347 700	6 013 582 900	6 626 073 300
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	103 400	100 300	—	—	—	—
14	Bundesminister der Verteidigung	6 126 741 600	5 582 980 100	1 438 911 400	1 490 426 800	4 684 183 400	4 007 123 900
15	Bundesminister für Gesundheitswesen	22 301 300	17 956 600	4 527 400	3 628 700	40 897 200	58 838 600
19	Bundesverfassungsgericht	3 097 600	2 978 000	446 100	436 100	4 000	4 000
20	Bundesrechnungshof	12 354 700	12 353 500	1 832 700	1 863 300	100 000	80 000
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	7 375 500	6 023 900	1 526 500	1 585 200	481 339 100	988 845 400
24	Bundesschatzminister	16 569 100	15 651 900	63 152 500	67 017 200	99 395 500	95 012 600
25	Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau	7 492 400	7 163 300	913 400	926 500	1 170 356 300	1 502 257 100
26	Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	10 685 100	10 835 600	1 204 800	1 197 400	113 137 300	255 773 800
27	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen	6 808 200	6 509 800	1 924 000	1 556 100	226 789 500	234 490 500
28	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder ...	1 187 700	1 061 100	156 500	185 600	—	—
29	Bundesminister für Familie und Jugend	3 492 700	3 190 400	990 400	908 500	2 924 739 000	3 009 095 000
30	Bundesminister für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates ..	—	505 500	—	276 700	—	—
31	Bundesminister für wissenschaftliche Forschung	10 707 100	9 114 500	3 198 100	2 353 300	1 298 595 000	1 036 861 700
32	Bundesschuld	8 883 900	8 956 800	2 111 900	2 026 600	3 893 884 300	2 760 183 000
33	Versorgung	3 448 498 400	3 315 255 000	351 342 400	460 261 000	—	—
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	—	—	—	—	378 528 900	361 163 500
36	Zivile Verteidigung	—	—	—	—	138 304 500	137 081 600
60	Allgemeine Finanzverwaltung	17 100 000	4 000 000	4 623 000	3 918 000	6 959 151 500	6 409 205 000
	Insgesamt	11 449 829 800	10 613 909 700	1 492 375 000	1 416 039 200	48 043 226 200	46 703 522 000

Gesamtplan

Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Außerordentliche Ausgaben		Gesamtausgaben			Epl.
1967	1966	1967	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (-)	1967	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (-)	1967	1966	gegenüber 1966 mehr (+) weniger (-)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
15 500	40 600	6 134 300	— 204 400	—	—	6 134 300	6 338 700	— 204 400	01
16 088 400	4 045 400	72 185 800	+ 11 996 500	—	—	72 185 800	60 189 300	+ 11 996 500	02
—	36 000	2 984 500	+ 151 300	—	—	2 984 500	2 833 200	+ 151 300	03
736 600	284 400	171 633 900	+ 6 860 700	—	—	171 633 900	164 773 200	+ 6 860 700	04
109 863 400	113 479 400	671 205 900	+ 29 851 900	—	—	671 205 900	641 354 000	+ 29 851 900	05
216 315 500	250 647 400	1 627 372 000	— 24 978 100	22 500 000	+ 22 500 000	1 649 872 000	1 652 350 100	— 2 478 100	06
252 600	342 500	90 434 400	+ 5 844 500	—	—	90 434 400	84 589 900	+ 5 844 500	07
24 947 100	18 823 100	844 380 900	+ 52 555 600	—	—	844 380 900	791 825 300	+ 52 555 600	08
656 775 100	538 712 700	874 131 100	+ 97 068 400	85 000 000	+ 85 000 000	959 131 100	777 062 700	+ 182 068 400	09
496 603 100	820 187 900	4 108 884 000	— 632 844 900	540 000 000	+ 540 000 000	4 648 884 000	4 741 726 900	— 92 844 900	10
13 815 700	16 769 000	14 507 532 800	+ 821 198 100	—	—	14 507 532 800	13 686 331 700	+ 821 198 100	11
118 781 300	218 427 600	6 375 765 200	— 676 824 700	2 405 352 700	+ 2 405 352 700	8 781 117 900	7 052 589 900	+ 1 728 528 000	12
1 400 000	900 000	1 503 400	— 503 100	—	—	1 503 400	1 000 300	+ 503 100	13
4 986 113 600	6 282 703 500	17 235 950 000	— 127 284 300	2 357 300 000	+ 1 357 300 000	19 593 250 000	18 361 234 300	+ 1 230 015 700	14
5 176 700	5 265 900	72 902 600	— 12 787 200	24 000 000	+ 24 000 000	96 902 600	85 689 800	+ 11 212 800	15
5 016 000	2 014 200	8 563 700	+ 3 131 400	—	—	8 563 700	5 432 300	+ 3 131 400	19
—	18 400	14 287 400	— 27 800	—	—	14 287 400	14 315 200	— 27 800	20
256 300	119 805 000	490 497 400	— 625 762 100	1 166 200 000	+ 730 200 000	1 656 697 400	1 532 259 500	+ 104 437 900	23
42 321 400	95 981 300	221 438 500	— 52 224 500	68 835 000	+ 68 835 000	290 273 500	273 603 000	+ 16 610 500	24
30 513 500	72 819 500	1 209 275 600	— 373 890 800	352 137 000	+ 352 137 000	1 561 412 600	1 583 166 400	— 21 753 800	25
57 500	371 200	125 084 700	— 143 093 300	—	—	125 084 700	268 178 000	— 143 093 300	26
1 764 600	998 900	237 286 300	— 6 269 000	—	—	237 286 300	243 555 300	— 6 269 000	27
16 200	—	1 360 400	+ 113 700	—	—	1 360 400	1 246 700	+ 113 700	28
14 300	24 300	2 929 236 400	— 163 981 800	20 000 000	+ 20 000 000	2 949 236 400	3 093 218 200	— 143 981 800	29
—	93 000	—	— 875 200	—	—	—	875 200	— 875 200	30
363 449 500	291 432 600	1 675 949 700	+ 336 187 600	—	—	1 675 949 700	1 339 762 100	+ 336 187 600	31
—	—	3 904 880 100	+ 1 133 713 700	—	—	3 904 880 100	2 771 166 400	+ 1 133 713 700	32
—	—	3 097 156 000	+ 242 162 000	—	—	3 097 156 000	2 854 994 000	+ 242 162 000	33
47 510 000	173 800 000	426 038 900	— 108 924 600	135 500 000	+ 135 500 000	561 538 900	534 963 500	+ 26 575 400	35
234 239 100	296 847 500	372 543 600	— 61 385 500	—	—	372 543 600	433 929 100	— 61 385 500	36
603 671 600	406 350 600	7 584 546 100	+ 761 072 500	876 400 000	+ 876 400 000	8 460 946 100	6 823 473 600	+ 1 637 472 500	60
7 975 714 600	9 731 221 900	68 961 145 600	+ 491 052 800	8 053 224 700	+ 6 617 224 700	77 014 370 300	69 906 042 800	+ 7 108 277 500	

**Bekanntmachung
über Änderungen der Verfahrensordnung
des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte**

Vom 18. Mai 1967

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat auf seiner Plenarsitzung vom 28./29. September 1965 die Änderung des Artikels 21 Abs. 2 und auf seiner Plenarsitzung vom 2./3. Mai 1966 die Änderung der Artikel 17 Abs. 1, 21 Abs. 6 und 35 Abs. 2 seiner Verfahrensordnung vom 18. September 1959 in der am 24. Oktober 1961 geänderten Fassung (Bundesgesetzbl. 1963 II S. 332) beschlossen. Die genannten Bestimmungen haben folgende Fassung erhalten:

Artikel 17 Absatz 1

(Übersetzung)

- | | | |
|--|--|---|
| 1. The quorum of the plenary Court shall be eleven judges. | 1. Le quorum de onze juges est exigé pour le fonctionnement de la Cour plénière. | (1) Die Anwesenheit von mindestens elf Richtern ist für die Beschlußfähigkeit des Plenums erforderlich. |
|--|--|---|

Artikel 21 Absatz 2

- | | | |
|--|--|---|
| 2. In making the communications provided for in Rule 32, the Registrar shall invite: | 2. En procédant à la communication prévue à l'article 32 du présent Règlement, le Greffier invite: | (2) Bei Mitteilungen nach Artikel 32 fordert der Kanzler |
| (a) the Contracting Party against which the proceedings before the Commission had been instituted to supply him within 30 days with the name and address of its agent; | (a) la Partie Contractante qui a été mise en cause dans la procédure devant la Commission à lui indiquer, dans les trente jours, les nom et adresse de son agent; | a) die Vertragspartei, gegen welche das Verfahren vor der Kommission angestrengt worden war, auf, ihm binnen dreißig Tagen Namen und Anschrift ihres Prozeßbevollmächtigten anzugeben, |
| (b) any other Contracting Party which appears to have the right, under Article 48 of the Convention, to bring a case before the Court and which has not availed itself of that right, to inform him within 30 days whether it wishes to appear as a Party to the case of which the Court has been seized and, if so, to supply him with the name and address of its agent. | (b) toute autre Partie Contractante qui paraît qualifiée, aux termes de l'article 48 de la Convention, pour saisir la Cour et qui n'a pas usé de cette faculté, à lui faire savoir dans les trente jours si elle désire comparaître comme Partie au procès dont la Cour est saisie et, dans l'affirmative, à lui indiquer les nom et adresse de son agent. | b) alle sonstigen Vertragsparteien, die nach Artikel 48 der Konvention befugt zu sein scheinen, den Gerichtshof anzurufen, und die von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht haben, auf, ihm binnen dreißig Tagen mitzuteilen, ob sie in dem beim Gerichtshof anhängigen Verfahren als Partei auftreten wollen, und ihm in diesem Fall Namen und Anschrift ihrer Prozeßbevollmächtigten anzugeben. |

Artikel 21 Absatz 6

- | | | |
|--|---|--|
| 6. If the President of the Court finds that two cases concern the same Party or Parties and relate wholly or in part to the same Article or Articles of the Convention, he may refer the second case to the Chamber already constituted, or in the course of constitution, for the consideration of the first case, or, if there is none, proceed to the constitution of one Chamber to consider both cases. | 6. Si le Président de la Cour constate que deux affaires intéressent la ou les mêmes Parties et concernent en tout ou partie le ou les mêmes articles de la Convention, il peut porter la seconde affaire devant la Chambre déjà constituée, ou en voie de constitution, pour l'examen de la première affaire, ou à défaut procéder à la constitution d'une même Chambre chargée de les examiner. | (6) Stellt der Präsident des Gerichtshofes fest, daß zwei Rechtssachen dieselbe Partei oder dieselben Parteien angehen und ganz oder teilweise den- oder dieselben Artikel der Konvention betreffen, so kann er die zweite Rechtssache der zur Prüfung der ersten Sache bereits bestehenden oder in Bildung begriffenen Kammer zuweisen, oder anderenfalls zur Bildung einer Kammer zur Prüfung beider Sachen schreiten. |
|--|---|--|

Artikel 35 Absatz 2

- | | | |
|--|---|--|
| 2. If in pursuance of Rule 21, para. 6, a Chamber is seized of two cases, its President may, in the interest of the proper administration of justice and after having obtained | 2. Si, par application de l'article 21 § 6 du présent Règlement, une Chambre est saisie de deux affaires, son Président peut, dans l'intérêt d'une bonne administration | (2) Wird eine Kammer in Anwendung von Artikel 21 Absatz 6 dieser Verfahrensordnung mit zwei Rechtssachen befaßt, so kann ihr Präsident, unbeschadet der Entscheidung |
|--|---|--|

the opinion of the agents of the Parties and the delegates of the Commission, order that the proceedings in both cases be conducted simultaneously, without prejudice to the decision of the Chamber on the joinder of the cases.

de la justice et après avoir pris l'avis des agents des Parties et des délégués de la Commission, ordonner qu'il soit procédé simultanément à l'instruction de l'une et l'autre affaires, sans préjuger la décision de la Chambre sur la jonction des causes.

der Kammer über die Verbindung der Rechtssachen, im Interesse einer geordneten Rechtspflege nach Anhören der Prozeßbevollmächtigten der Parteien und der Vertreter der Kommission die gleichzeitige Durchführung des Verfahrens in beiden Rechtssachen anordnen.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. Mai 1963 (Bundesgesetzbl. II S. 332).

Bonn, den 18. Mai 1967

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Schütz

Bekanntmachung
des Notenwechsels zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Italienischen Republik
über die Verlängerung der Dauer des Urheberrechtsschutzes

Vom 29. Mai 1967

In Bonn sind am 18. und 28. April 1967 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Italienischen Republik Noten über die Verlängerung der Dauer des Urheberrechtsschutzes ausgetauscht worden. Der Notenwechsel wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 29. Mai 1967

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Schütz

Ambasciata d'Italia

Bad Godesberg, den 18. April 1967

Herr Staatssekretär,

die zwischen der Republik Italien und der Bundesrepublik Deutschland bestehenden Beziehungen auf dem Gebiet der Urheberrechte sind überprüft worden und,

-- nach Feststellung, daß Artikel 7 Absatz 2 der Brüsseler Übereinkunft vom 26. Juni 1948, was die Schutzfrist anbelangt, folgendes vorsieht:

„Falls jedoch ein oder mehrere Verbandsländer eine längere als die in Absatz 1 vorgesehene Schutzdauer gewähren, richtet sich die Schutzdauer nach dem Gesetz des Landes, wo der Schutz beansprucht wird, aber sie kann die im Ursprungsland des Werkes festgesetzte Dauer nicht überschreiten.“

-- unter Berücksichtigung der Rechtslage hinsichtlich der Schutzfrist von Urheberrechten, die in der Republik Italien im Gesetz vom 22. April 1941 Nr. 633 und im Statthalter-Gesetzdekret vom 20. Juli 1945 Nr. 440 und in der Bundesrepublik Deutschland im Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) vom 9. September 1965 festgelegt ist;

beehre ich mich festzustellen, daß:

-- die im Statthalter-Gesetzdekret vom 20. Juli 1945 Nr. 440 vorgesehene Schutzfristverlängerung um sechs Jahre den am 17. August 1945 bereits veröffentlichten und am Tage des Inkrafttretens des oben erwähnten Gesetzes vom 9. September 1965 noch geschützten deutschen Werken zugute kommt;

-- im Gegenseitigkeitswege, den am 17. August 1945 bereits veröffentlichten und am Tage des Inkrafttretens des oben erwähnten Gesetzes vom 9. September 1965 noch geschützten italienischen Werken eine Verlängerung um dieselbe Dauer in der Bundesrepublik Deutschland zugute kommt.

Ich beehre mich, Ihnen bekanntzugeben, daß die italienische Regierung der Auffassung ist, daß sich diese Rechtsfolge unmittelbar aus den italienischen und deutschen Gesetzen sowie der Berner Übereinkunft ergibt und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir bestätigten, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland diese Ansicht teilt.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Mario Luciolli

S. E.
Herrn Staatssekretär
Klaus Schütz
Auswärtiges Amt
Bonn

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amtes

Bonn, den 28. April 1967

Herr Botschafter,

ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Note -- Nr. 8541 -- vom 18. April 1967 zu bestätigen, die folgenden Wortlaut hat:

„Die zwischen der Republik Italien und der Bundesrepublik Deutschland bestehenden Beziehungen auf dem Gebiet der Urheberrechte sind überprüft worden und,

-- nach Feststellung, daß Artikel 7 Absatz 2 der Brüsseler Übereinkunft vom 26. Juni 1948, was die Schutzfrist anbelangt, folgendes vorsieht:

„Falls jedoch ein oder mehrere Verbandsländer eine längere als die in Absatz 1 vorgesehene Schutzdauer gewähren, richtet sich die Schutzdauer nach dem Gesetz des Landes, wo der Schutz beansprucht wird, aber sie kann die im Ursprungsland des Werkes festgesetzte Dauer nicht überschreiten.“

-- unter Berücksichtigung der Rechtslage hinsichtlich der Schutzfrist von Urheberrechten, die in der Republik Italien im Gesetz vom 22. April 1941 Nr. 633 und im Statthalter-Gesetzdekret vom 20. Juli 1945 Nr. 440 und in der Bundesrepublik Deutschland im Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) vom 9. September 1965 festgelegt ist;

beehre ich mich festzustellen, daß:

-- die im Statthalter-Gesetzdekret vom 20. Juli 1945 Nr. 440 vorgesehene Schutzfristverlängerung um sechs Jahre den am 17. August 1945 bereits veröffentlichten und am Tage des Inkrafttretens des oben erwähnten Gesetzes vom 9. September 1965 noch geschützten deutschen Werken zugute kommt;

-- im Gegenseitigkeitswege, den am 17. August 1945 bereits veröffentlichten und am Tage des Inkrafttretens des oben erwähnten Gesetzes vom 9. September 1965 noch geschützten italienischen Werken eine Verlängerung um dieselbe Dauer in der Bundesrepublik Deutschland zugute kommt.

Ich beehre mich, Ihnen bekanntzugeben, daß die italienische Regierung der Auffassung ist, daß sich diese Rechtsfolge unmittelbar aus den italienischen und deutschen Gesetzen sowie der Berner Übereinkunft ergibt und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir bestätigten, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland diese Ansicht teilt.“

Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß meine Regierung mit den in Ihrer Note enthaltenen Feststellungen übereinstimmt und die Ansicht der italienischen Regierung teilt, daß sich die in Ihrer Note erwähnten Rechtsfolgen unmittelbar aus den deutschen und italienischen Gesetzen sowie aus der Berner Übereinkunft ergeben.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Schütz

Seiner Exzellenz
dem Italienischen Botschafter
Herrn Mario Luciolli

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens
über diplomatische Beziehungen**

Vom 8. Juni 1967

Das in Wien am 18. April 1961 unterzeichnete Übereinkommen über diplomatische Beziehungen (Bundesgesetzbl. 1964 II S. 957) ist nach seinem Artikel 51 Abs. 2 in Kraft getreten für

Dahome	am 26. April 1967
Mongolei	am 4. Februar 1967

Die Mongolei hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde erklärt:

(Translation)

(Übersetzung)

„In respect of article 11, paragraph 1, the Government of the Mongolian People's Republic maintains that any difference of opinion with regard to the size of a diplomatic mission should be settled by agreement between the sending and the receiving States.“

„Zu Artikel 11 Absatz 1 erklärt die Regierung der Mongolischen Volksrepublik, daß jede Meinungsverschiedenheit über den Personalbestand einer diplomatischen Mission einvernehmlich zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat geregelt werden soll.“

Hierzu hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 8. März 1967 folgende Erklärung abgegeben:

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland betrachtet den Vorbehalt der Mongolischen Volksrepublik zu Artikel 11 des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961 als mit dem Inhalt und Sinn des Übereinkommens unvereinbar.“

Schweden	am 20. April 1967
----------	-------------------

Das in Wien am 18. April 1961 unterzeichnete Fakultativ-Protokoll über den Erwerb der Staatsangehörigkeit ist nach seinem Artikel VI Abs. 2 und

das am selben Tage unterzeichnete Fakultativ-Protokoll über die obligatorische Beilegung von Streitigkeiten ist nach seinem Artikel VIII Abs. 2 für

Schweden	am 20. April 1967
----------	-------------------

in Kraft getreten.

Zu den von der Vereinigten Arabischen Republik und Kambodscha bei Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden abgegebenen Vorbehalten (Bekanntmachungen vom 13. Februar 1965 — Bundesgesetzbl. II S. 147 — und vom 29. November 1965 — Bundesgesetzbl. II S. 1632 —) hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 15. März 1967 folgende Erklärung abgegeben:

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland betrachtet die Vorbehalte der Vereinigten Arabischen Republik und des Königreichs Kambodscha zu Artikel 37 Abs. 2 des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961 als mit Inhalt und Sinn des genannten Übereinkommens unvereinbar.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 25. Oktober 1966 (Bundesgesetzbl. II S. 1474).

Bonn, den 8. Juni 1967

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Schütz

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Madrider Abkommens
über die Unterdrückung falscher oder irreführender Herkunftsangaben
in der am 31. Oktober 1958 in Lissabon beschlossenen Fassung**

Vom 12. Juni 1967

Das Madrider Abkommen über die Unterdrückung falscher oder irreführender Herkunftsangaben vom 14. April 1891 in der am 31. Oktober 1958 in Lissabon beschlossenen Fassung (Bundesgesetzbl. 1961 II S. 273) ist nach seinem Artikel 6 Abs. 2 für

Ungarn	am 23. März 1967
Marokko	am 15. Mai 1967

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. September 1965 (Bundesgesetzbl. II S. 1570).

Bonn, den 12. Juni 1967

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Schütz

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Übereinkommens
zur Revision der am 17. Oktober 1868 in Mannheim unterzeichneten
Revidierten Rheinschiffahrtsakte**

Vom 12. Juni 1967

Nach Artikel 5 Abs. 2 des Gesetzes vom 6. Juli 1966 zu dem Übereinkommen vom 20. November 1963 zur Revision der am 17. Oktober 1868 in Mannheim unterzeichneten Revidierten Rheinschiffahrtsakte (Bundesgesetzbl. 1966 II S. 560) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel VII für

die Bundesrepublik Deutschland am 14. April 1967 in Kraft getreten ist.

Die deutsche Ratifikationsurkunde ist am 25. Oktober 1966 beim Generalsekretär der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt hinterlegt worden.

Das Übereinkommen ist ferner für folgende Staaten in Kraft getreten:

Belgien	
Frankreich	
Niederlande	
Schweiz	
Vereinigtes Königreich	am 14. April 1967

Bonn, den 12. Juni 1967

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Schütz

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über das auf Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Kindern anzuwendende Recht**

Vom 14. Juni 1967

Das in Den Haag am 24. Oktober 1956 unterzeichnete Übereinkommen über das auf Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Kindern anzuwendende Recht (Bundesgesetzbl. 1961 II S. 1012) ist auf Grund einer Erklärung Frankreichs nach seinem Artikel 9 Abs. 3 für

das gesamte Hoheitsgebiet
der Französischen Republik am 1. Dezember 1966

in Kraft getreten. Für das Mutterland der Französischen Republik ist das Übereinkommen bereits am 1. Juli 1963 in Kraft getreten (Bekanntmachung vom 11. Juni 1963, Bundesgesetzbl. II S. 911).

Nach Mitteilung Frankreichs umfaßt das gesamte Hoheitsgebiet der Französischen Republik außer den in Europa gelegenen Departements folgende überseeische Departements und Territorien:

- - Überseeische Departements: Guadeloupe, Guyana, Martinique und Réunion.
- - Überseeische Territorien: Komoren, Französische Somaliküste, Neukaledonien, Französisch-Polynesien, Saint-Pierre und Miquelon, Süd- und Antarktis-Gebiete, Wallis und Futuna.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Januar 1965 (Bundesgesetzblatt II S. 40).

Bonn, den 14. Juni 1967

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Schütz

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Pariser Verbandsübereinkunft
zum Schutz des gewerblichen Eigentums
in der am 31. Oktober 1958 in Lissabon beschlossenen Fassung**

Vom 14. Juni 1967

Die Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums vom 20. März 1883 in der am 31. Oktober 1958 in Lissabon beschlossenen Fassung (Bundesgesetzbl. 1961 II S. 273) ist nach ihrem Artikel 16 Abs. 3 für folgende Staaten in Kraft getreten:

Marokko	am	15. Mai 1967
Irland	am	9. Juni 1967

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 3. Mai 1967 (Bundesgesetzblatt II S. 1672).

Bonn, den 14. Juni 1967

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Schütz

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Genfer Protokolls
wegen Verbots des Gaskriegs**

Vom 15. Juni 1967

Das in Genf am 17. Juni 1925 unterzeichnete Protokoll über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege (Reichsgesetzbl. 1929 II S. 173) ist für

die Malediven und Monaco	am 6. Januar 1967
Sierra Leone	am 20. März 1967
Ghana	am 3. Mai 1967

in Kraft getreten.

Niger hat in einer an die französische Regierung gerichteten Note vom 18. März 1967 erklärt, daß es sich an das durch Frankreich ratifizierte vorstehend angeführte Protokoll vom 17. Juni 1925 gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 16. September 1930 (Reichsgesetzbl. II S. 1216) und vom 19. Januar 1967 (Bundesgesetzbl. II S. 812).

Bonn, den 15. Juni 1967

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Schütz

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens
über die Weltorganisation für Meteorologie**

Vom 19. Juni 1967

Das am 11. Oktober 1947 unterzeichnete, am 11. und 27. April 1963 geänderte Übereinkommen über die Weltorganisation für Meteorologie (Bundesgesetzbl. 1967 II S. 1214) ist nach seinem Artikel 34 für

Barbados	am 21. April 1967
----------	-------------------

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. April 1967 (Bundesgesetzblatt II S. 1640).

Bonn, den 19. Juni 1967

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Schütz

Bekanntmachung
gemäß § 2 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Artikels 10 Abs. 2
des in Rom am 25. März 1957 unterzeichneten Vertrags
zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
(Anteilzollgesetz)

Vom 3. Juli 1967

Gemäß § 2 Abs. 2 Satz 2 des Anteilzollgesetzes (Bundesgesetzbl. 1960 I S. 1082) wird hiermit bekanntgemacht:

Die Sätze des Anteilzolls betragen für

- a) Drittlandszollgut, das unter die Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fällt, 85 vom Hundert der Zollsätze des Deutschen Zolltarifs 1967 (Bundesgesetzbl. 1967 II S. 1819);
- b) Abschöpfungswaren, die Drittlandszollgut sind, 85 vom Hundert der mittleren Abschöpfung, die in den Mitgliedstaaten für diese Erzeugnisse gegenüber dritten Ländern gilt, oder, soweit es sich um Waren handelt, für die eine einheitliche Abschöpfung gegenüber dritten Ländern festgesetzt ist, 85 vom Hundert des Abschöpfungssatzes. Die mittlere Abschöpfung wird für jedes Kalender- vierteljahr von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bestimmt und im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften bekanntgegeben;

- c) Drittlandszollgut, das der Rindfleischmarktordnung unterliegt, 85 vom Hundert der Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 1960 S. 1537);
- d) Drittlandszollgut der Nummern 27.10, 27.11, 27.12 und 27.13 – B des Deutschen Zolltarifs 1967 (Mineralöl und Mineralölerzeugnisse), soweit die veredelten Waren ebenfalls unter eine der vorgenannten Nummern des Deutschen Zolltarifs 1967 fallen, 100 vom Hundert der Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs;
- e) anderes Drittlandszollgut 85 vom Hundert der Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs.

Ist das Drittlandszollgut Nachholgut, so ist der Satz des Anteilzolls anzuwenden, der im Zeitpunkt der Kennzeichnung des Vorgriffsguts gegolten hat.

Die neuen Sätze sind ab 10. Juli 1967 anzuwenden.

Bonn, den 3. Juli 1967

Der Bundesminister der Finanzen
 Im Auftrag
 Dr. Bail

**Berichtigung
der Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Internationalen Abkommens
über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern
und der Sendeunternehmen vom 21. Oktober 1966**

Vom 16. Juni 1967

Die in der Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Internationalen Abkommens über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen vom 21. Oktober 1966 (Bundesgesetzbl. II S. 1473) für Schweden angeführten Vorbehalte sind wie folgt zu ergänzen:

„5. nach Artikel 17“

Bonn, den 16. Juni 1967

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Schütz